ROTES FORUM

4/70 DM 1.-- 27.6.1970

UNTERSTÜTZT DEN KAMPF DER HEIDELBERGER GENOSSEN!

DIENSTAG, 30. JUNI 1970

TEACH-IN 15 UHR UNIVERSITÄT DEMONSTRATION 18.30 UHR

SOZIALISTISCHE CORRESPONDENZ

ZU DIESEM HEFT

Diese Nummer der SOZIALISTISCHEN CORRESPONDENZ erscheint zugleich als "Rotes Forum". Wir sind sicher, daß die Heidelberger Genossen das "Rote Forum" und ihre anderen Publikationsorgane weiterführen werden.

Das Verbot einer lokalen Nachfolgeaktion des SDS und der mittelbare Anlaß, die Kampagne gegen die imperialistische Entwicklungshilfepolitik der Bundesrepublik und ihrer Verbündeten, sind thematischer Schwerpunkt dieses Heftes, ohne daß die darin geäußerten politischen Einschätzungen immer mit den unseren übereinstimmten.
Ein Heidelberger Genosse versucht, eine erste Interpretation dieser neuesten Aktion der Herrschenden zu geben; deren Begleitumstände und Folgen werden auszugsweise dokumentiert. Ein weiterer Teil dieses Heftes enthält Material über Hintergrund und politische Funktionen des Cabora-Bassa-Projektes für die kapitalistischen Metropolen.

Nehmen wir den Kampf der Heidelberger Genossen auf!

DIE REDAKTION

INHALT:

ZUM VERBOT DES HEIDELBERGER SDS

Die Politik des Heidelberger SDS und die Reaktion der Herrschenden (Von einem Heidelberger Genossen) Seite 3

Dokumentation:
Verfügung des Innenministeriums Baden-Württemberg (Wortlaut) Seite 7
Resolution des Heidelberger teach-ins v. 25.6.7o Seite 1o
Der SDS ist verboten ! (Betriebsflugblatt v. 25.6.7o) Seite 1o
Die Situation nach dem Verbot (Flugblatt v. 28.6.7o) Seite 12
Zur juristischen Einschätzung des SDS-Verbots (AStA-info v. 28.6.7o) Seite 3o

CABORA BASSA

Die Stellung Portugals im kapitalistischen System Seite 15
Mozambique Seite 21
Strategische Bedeutung der Kolonien für die Industriestaaten (NATO) Seite 27

AUS DER ARBEIT DER FRANKFURTER GRUPPEN

Sozialistische Arbeitergruppe (SAG):
1. Kritik einer Gewerkschaftsstrategie Seite 3o
2. Die Septemberstreiks und die Aufgaben der revolutionären Linken Seite 33

SOZIALISTISCHE CORRESPONDENZ
Herausgeber und Redaktion: Basisgruppe Politologie, Betriebsprojektgruppe, Kommunistische Gruppe, Pädagogengruppe, Sozialistische Arbeitergruppe, Stadtteilgruppe "Roter Gallus"

Redaktionsanschrift: (keine Einschreib- und Geldsendungen!)
Sozialistische Correspondenz
6ooo Frankfurt/Main 1
Postfach o.Nr.

Die "Sozialistische Correspondenz" erscheint vorerst 14-tägig. Die alten Abonnements sind umgerechnet worden. Die Zahl auf dem Umschlag rechts neben der Adresse ist die Nummer, mit der das Abonnement ausläuft. Bestellungen werden nur noch durch Vorüberweisung auf unser Postscheckkonto Frankfurt 313 145, Kontobezeichnung: "Thomas Schmid Sonderkonto Sozialistische Correspondenz" entgegengenommen.

Der Preis beträgt einheitlich DM 1.- im Abonnement und in Buchhandlungen. Bei Abonnements sind mindestens DM 1o.- zu überweisen. Die letzte Nummer wurde versehentlich als Doppelnummer bezeichnet, jedoch wird sie als Einzelnummer berechnet.
In Städten mit linken Buchhandlungen bitte die SC unbedingt dort kaufen, damit unsere Versandarbeiten nicht so anwachsen, daß wir die Einzelabonnements ganz abschaffen oder ihren Preis erhöhen müssen.

Druck: Eigendruck Auflage: 6ooo
Verantwortlich für diese Nummer: Thomas Schmid

ZUM VERBOT DES HEIDELBERGER SDS

DIE POLITIK DES HEIDELBERGER SDS UND DIE REAKTION DER HERRSCHENDEN

Die jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen der demokratischen und sozialistischen Bewegung in Heidelberg und den Vertretern des Kapitals in Staats-, Stadt- und Universitätsbürokratie haben mit dem Verbot des SDS durch das Landesinnenministerium ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden. Um das Verbot des Heidelberger SDS richtig einschätzen zu können, ist es notwendig, die Phasen dieser Auseinandersetzung zu analysieren. Wenn man als Kriterium zur Analyse der demokratischen und sozialistischen Bewegung in Heidelberg ihre politische Bedeutung in der Stadt zugrundelegt, dann lassen sich deutlich zwei Phasen unterscheiden: eine erste Phase, in der die Studentenbewegung vor allem ihre Ziele und die Inhalte ihrer Politik in der Stadt propagierte, und eine zweite Phase, in der der SDS als fester Kern der Studentenbewegung versuchte, unmittelbare Masseninteressen aufzugreifen und zu artikulieren. Diese Phasen können natürlich nicht voneinander getrennt werden. Das zeigt sich schon darin, daß einer der Hauptakzente unserer Arbeit durchgehend in der antiimperialistischen Agitation und in antiimperialistischen Massenaktionen lag.
Dennoch lassen sich diese Phasen ganz deutlich in der Entwicklung der "Roten Kommentare", der Betriebszeitung des verbotenen SDS, ablesen, wo zunächst vor allem zu erklären versucht wurde, warum die Studenten diese oder jene Auffassung vertraten, diese oder jene Aktion durchführten, und erst nach dem euphorischen Zwischenspiel der abstrakten Propaganda der Arbeiterkontrolle konsequent dazu übergegangen wurde, ökonomische und soziale Masseninteressen aufzugreifen, die Möglichkeiten ihrer Durchsetzung zu diskutieren und die Widerstände gegen diese Durchsetzung zu erklären. Insofern bedeutete die Erfahrung und Interpretation der Rote-Punkt-Aktion einen wichtigen Einschnitt in der Politik des SDS.

Dieser Lernprozeß an Hand der eigenen Erfahrungen wurde durch die Septemberstreiks, in denen xxxx die Arbeiterklasse selbst ihre Interessen vertrat, bestätigt. Er hat sich aber im Heidelberger SDS nicht so ausgewirkt, daß versucht worden wäre, die politischen und antiimperialistischen Impulse der Studentenbewegung so weit zu beschneiden, daß sie sich gar nicht mehr äußern können; d.h. die Aktionen der Studenten wurden nicht als bloße Störung der Propaganda und Agitation in der Arbeiterklasse behandelt und an das angeblich proletarische Gängelband einer pseudo-marxistisch-leninistischen Organisation gelegt, sondern es wurde vielmehr versucht, die progressiven Inhalte der Studentenbewegung, ihre antiimperialistische Solidarität und ihre Sensibilität für antidemokratische Tendenzen wachzuhalten und in Straßenaktionen zu artikulieren, ohne diese Aktionen zu proletarischen und kommunistischen hochzustilisieren. Es ist sicher kein Zufall, daß der SDS Heidelberg gerade jetzt verboten wurde, als er anfing zu lernen, die eigenen Impulse der Studentenbewegung richtig zu behandeln, und gleichzeitig darauf verzichtete, die Studentenbewegung der Arbeiterklasse als Vorbild hinzuhalten, sondern damit begann, eine spezifische Agitation und Propaganda in der Arbeiterklasse zu entfalten, ohne sich von der Studentenbewegung fluchtartig abzusetzen. Dadurch geriet die Staatsmacht von zwei Seiten in Bedrängnis: einerseits trugen die Studenten und Schüler und einzelne Arbeiter den antiimperialistischen Protest immer wieder auf die Straße und zeigten, daß sie sich von diesem Protest auch nicht durch Demonstrationsverbote und Polizeieinsätze abhalten ließen; andererseits führte der SDS seine frühere kontinuierliche publizistische Agitation in der Arbeiterklasse fort, wobei die konkrete Entlarvung der massenfeindlichen Praktiken der Kapitalisten und ihrer Handlanger in der Bürokratie zunehmend in den Vordergrund rückte. Die Wirkung dieser Politik kann zunächst nur als Untergrabung der Autorität

der Herrschaftsseite beschrieben werden, die sich längst nicht mehr bloß auf die Studenten erstreckt.

Die Stärkung unserer Basis an der Universität führte indirekt zu einem liberalen Rektorat, das nicht mehr bedingungslos auf Seiten der Staats- und Stadtbürokratie steht. Unsere Agitation und Propaganda vor den Betrieben zwang die lokale Gewerkschaftsführung dazu, sich ständig zu uns zu verhalten, wobei sie durch ihre Schwankungen zunehmend in ein schiefes Licht geriet. Insofern zeigten sich Risse in jenem Machtkartell von Bürokratien, Universität und Gewerkschaftsführung, das im Heidelberger Winter (1968/69) noch so hervorragend funktioniert hatte. Das Verbot des Heidelberger SDS hat demnach einerseits die Funktion, die angeschlagene Massenloyalität durch "unwiderrufliche" Zwangsmaßnahmen wiederherzustellen und stellt andererseits den Versuch dar, die Risse im lokalen Machtkartell zu kitten, die sich in letzter Zeit - am deutlichsten in einem Absagebrief Rektor Rendtorffs an den US-General Polk und in der halbherzigen Unterstützung dieses Briefes durch den DGB - gezeigt hatten. Die Illegalisierung des SDS soll Rektorat und Gewerkschaftsspitzen in die alte Komplizenschaft des lokalen Machtkartells zurückholen, weitere Massenaktionen verhindern, und durch Zerschlagung des SDS und Störung seiner Agitation vor den Betrieben die Autorität der Herrschaftsseite wiederherstellen.

So müssen die lokalen Aspekte des Verbots des Heidelberger SDS interpretiert werden.

Untersucht man seine Bedeutung für die Bundesrepublik und Westberlin, so muß es im Rahmen der "Befriedungsstrategie" der neuen Bundesregierung interpretiert werden. Nach Aussage von Landesjustizminister Schieler war das Bundesinnenministerium in die Beratungen des Verbots eingeschaltet und handelte die Landesregierung im Einvernehmen mit Genscher. Das Amenstiegesetz sollte ja von vornherein bloß reinen Tisch machen für weitere und schärfere Repressionsmaßnahmen gegen jene, die sich durch solche Gesten nicht abspeisen lassen. Offensichtlich hofft die Bundesregierung durch ihr Amnestiegesetz den Boden geschaffen zu haben, auf dem massiv gegen radikale und sozialistische Organisationen vorgegangen werden kann, die auf das Kampfmittel der Massenaktion nicht verzichten. Insofern ist in dem Verbot des Heidelberger SDS immer schon die Perspektive des Verbots aller politischen Organisationen enthalten, die sich nicht auf bloße Schulungs- und Organisationsarbeit zurückziehen. Das haben offensichtlich die Genossen in anderen Städten erkannt, die das Verbot des Heidelberger SDS nicht als Privatangelegenheit der Heidelberger Genossen betrachten, sondern am Dienstag in dem Bewußtsein Demonstrationen durchführen, daß hier in Heidelberg eine neue Taktik der Repression für die Bundesrepublik und Westberlin erprobt werden soll.

Die Entlarvung der Herrschaftsseite durch die Heidelberger Studentenbewegung

Nach verschiedenen antiimperialistischen Demonstrationen, gelang es dem Heidelberger SDS erstmalig in der Universitätsbesetzung gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze und die Suspendierung des linken AStA eine Massenbasis bei den Studenten zu finden. Die bürokratischen Maßnahmen gegen die Proteste schlugen hier erstmals um in einen breiten demokratischen Widerstand an der Universität, der den SDS endgültig dazu zwang, die Führung der Studentenbewegung bewußt zu übernehmen. Abgesehen von einer großen Demonstration in das Industrieviertel Heidelbergs und der Tatsache, daß eine Universitätsbesetzung in einer Stadt wie Heidelberg in ihrer Bedeutung natürlich nicht auf die Universität beschränkt bleibt, lag die Wirkung dieser Universitätsbesetzung doch vor allem in der Politisierung der Studenten. Das zeigte sich schon darin, daß die Stadtbürokratie sich noch raushalten und OB Zundel sein liberales Image einigermaßen bewahren konnte, obwohl es im baden-württembergischen Wahlkampf schon etwas angeschlagen worden war (vgl. zur damaligen Heidelberger Studentenbewegung: neue kritik 50, S. 94-114). Erst die Aktionen während des Winters 1968/69 führten einerseits zu einer Organisierung einer größeren Zahl von Studenten in den Institutsgruppen

und andererseits zum Beginn einer kontinuierlichen Entlarvungspolitik in der Stadt, deren Wirkung nicht bloß auf die Studenten beschränkt war, wobei allerdings die Masse der Bevölkerung in einer Zuschauer- und Kommentatorrolle verharrte und die Auseinandersetzung der Studenten mit Polizei, Justiz, Regierung usw. lediglich interessiert beobachtete; sie griff jedoch in keiner Weise, sieht man von der Bildung einer faschistischen Bürgerwehr ab, in die Auseinandersetzung ein. Hauptziel der Herrschaftsseite während dieser Zeit war es, die Studenten von der Straße wegzukriegen.

Das versuchte sie vergebens durch eine möglichst sichtbares, riesiges Polizeiaufgebot zu erreichen, das Heidelberg für Wochen in ein Polizeilager verwandelte. Während der Schließung der Universität lernten die Studenten, die Polizei in Bewegung zu halten und gleichzeitig eine offene Konfrontation mit ihr zu vermeiden. Die Polizei machte sich lächerlich, und ihre Auftraggeber im Rathaus und in der Regierung erst recht. Die Universität mußte wieder geöffnet werden, und der Polizeiüberfall auf den AStA, bei dem 12 Genossen verhaftet wurden, verlor spätestens in dem sog. "AStA-Prozeß" - der mit dem Freispruch der 5 angeklagten Genossen endete - jede Legitimation in den Augen der Öffentlichkeit.

Die Rote-Punkt-Aktion, d.h. die Blokkade der Straßenbahn und der Organisation des Mitnehmerverkehrs im Juni letzten Jahres, setzte diesen Prestigeverlust der Herschaftsseite auf neuer Ebene fort, insofern in dieser Aktion, die Bevölkerung wenigstens partiell aus ihrer Zuschauerrolle herauskam und sich an der Aktion mehr oder weniger unmittelbar beteiligte.

Diese Aktion wurde zur vorläufig größten Niederlage der Zundel (OB) und Krause (Innenminister), die mit einer sehr harten Linie in die Auseinandersetzung gegangen waren, den SDS und den AStA mit wilder Diffamierungspolitik von der Bevölkerung zu isolieren versuchten, einen harten Polizeieinsatz planten und ausprobierten -, und am Ende einfach nachgeben mußten, weil sie sich nicht länger gegen die eindeutige Solidarität der Massen mit der Blockade und dem Rote-Punkt-Verkehr stellen konnten. Zundel hat diesen notwendigen Rückzug später als die "größte Niederlage der Demokratie" bezeichnet. Damit machte er allen klar, was er unter Demokratie versteht. Krause, der Innenminister, hatte während der Rote-Punkt-Aktioen erfahren, was Demokratie tatsächlich ist: eine schlechte Zeit für Polizeiminister; er hatte sich inkognito ins Polizeipräsidium schleichen müssen, damit er von der Menge nicht zur Rede gestellt würde für seine Maßnahmen.

Seither fanden in Heidelberg verschiedene große antiimperialistische Aktionen statt, die Zundel jedes Mal zu einem großen Lamento veranlaßten und mit einem generellen Demonstrationsverbot für die Linke spielen ließen. Dabei hat er eine Niederlage nach der anderen einstecken müssen. Das Touristenimage Heidelbergs, auf das er so erpicht ist, ist ziemlich zerstört, und Zundel mußte erleben, daß dieses Image keineswegs von den Massen verteidigt wird, sondern daß sie sich an seinen Polizeimaßnahmen störten, daß sie ihn selbst dann für einen Versager halten, wenn sie keineswegs mit der Studentenbewegung sympathisieren. Am deutlichsten mußte er dies am Freitag, dem 19. Juni, erfahren, als er schließlich selbst den Polizeiangriff auf eine abwartende Passantenmenge leitete, die der Aufforderung, sich zu entfernen, selbst dann nicht Folge leistete, als es bloß noch das martialische Polizeiaufgebot zu sehen gab.

Noch einmal: Was soll das SDS-Verbot und wie soll man sich dagegen wehren?

Zundel ist mit seinen Demonstrationsverboten weder politisch noch juristisch durchgekommen. Aber gerade die Massendemonstrationen sind ihm und der Landesregierung der größte Dorn im Auge, weil sie die Repräsentation untergraben, wenn sie mit der richtigen Agitation verbunden sind.

Hier in Heidelberg ist der SDS leicht als die vorwärtstreibende Kraft in

den Massenaktionen auszumachen gewesen, die einerseits verhinderte, daß die Auseinandersetzung zur sprachlosen Konfrontation mit der Polizei verkam, und andererseits die Konfrontation mit der Polizei nicht fürchtete, wenn ohne Konfrontation bloß die Unterwerfung möglich gewesen wäre. Um in Zukunft antiimperialistische Massenaktionen und so etwas wie eine Wiederholung der Rote-Punkt-Aktion zu verhindern, machte es der Staats- und Stadtbürokratie als der bequemste Weg erscheinen, einfach den SDS zu verbieten. Es ist wirklich so: sie wollen den SDS in den Untergrund schicken, weil sie die Demonstranten von der Straße weghaben wollen. Was die Staatsbürokratie derzeit am meisten fürchtet, ist die öffentliche Äußerung von Widerstand und Protest, denn ihre Legitimation ist angeschlagen und ihre bisherigen polizeilichen Maßnahmen gescheitert. Gegen ein bißchen sektiererische Politik hätten sie gar nichts; was sie fürchten, ist eine Agitation, die zu Aktionen auf der Straße führt, Agitation, die so die unpolitische Atmosphäre einer Stadt durchbricht und, verbunden mit Straßendemonstrationen, eine Atmosphäre schafft, in der eine öffentliche Meinung gedeihen kann.

Daß die Sozialisten an der Universität nicht so leicht isoliert werden können, wissen die Herren im Rathaus und in der Regierung, und wenn sie es nicht wußten, so haben sie es durch die Wahlen zum Studentenparlament erfahren: diese gingen am Freitag, den 26. Juni, am Tage nach dem Bekanntwerden des SDS-Verbots zuende und erbrachten eine Zweidrittel-Mehrheit der Linken.

Was sie wollen, ist, daß die Agitation und die Demonstrationen aus der Stadt verschwinden, daß keine "Roten Kommentare" mehr vor den Betrieben verteilt werden und diese Zeitungen nicht mehr im Zusammenhang stehen mit einer Bewegung, die sich in der Stadt artikuliert und die die Anfälligkeit der Herrschaftsseite immer wieder demonstriert. Die "Roten Kommentare" allein hätten sie hingenommen, Demonstrationen allein hätten sie hingenommen, eine Studentenbewegung allein an der Universität hätten sie hingenommen. Was sie aufschreckte, war, daß der SDS zunehmend lernte, eine richtige Arbeiteragitation zu entfalten, die nicht einfach die Ziele der Studentenbewegung vor den Betrieben propagierte, und daß der SDS gleichzeitig nicht auf die Führung der antiimperialistischen und populistischen Studentenbewegung verzichtete, d.h. daß der SDS in der Praxis die "kritische Theorie" überwand und dabei war, eine Praxis zu entwickeln, die nicht von dem antiautoritären Einheitsbrei ausging, sondern die eigenen Ziele der Studentenbewegung zu verstehen lernte und die mit dem Inhalt der Studentenbewegung nicht einfach identischen Masseninteressen zu artikulieren begann.

Wir haben frühzeitig versucht, statt aus der Vielzahl der "Bereiche" eine einheitliche Strategie aus den Erfahrungen unserer Praxis eine möglichst allseitige Agitation und Propaganda zu entwickeln. Es wäre falsch, im Verbot des Heidelberger SDS ein Erfolgskriterium für die Richtigkeit seiner Politik zu sehen. Aber wenn wir mit dem Verbot fertig werden, d.h. weder auf die Dauer von der Straße vertrieben werden können noch auf unsere Agitation verzichten müssen, wird das zeigen, daß wir auch in der Stadt nicht isoliert sind und daß der Autoritätsverlust der Herrschaftsseite irreparabel ist.

Ein Heidelberger Genosse

Soeben eingetroffen:

Mao Tse-tung,
Ausgewählte Werke,
Band I-IV.
Genossenpreise:
Einzelband: DM 5.-
Vier Bände: DM 15.-
incl. Porto.
Bestellungen gegen Vorauszahlung an:
Andreas Müller-Pohle
3501 Nieste
Vor der Warte 10
Postscheck.
308073 Frankfurt/M.

AB 10 mal VIER BÄNDE JE 12 DM!

DOKUMENTATION

WORTLAUT DES VERBOTS

INNENMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Stuttgart, den 24. Juni 197o

Verfügung

Verbot und Auflösung der Hochschulgruppe Heidelberg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes

---

1. Die Hochschulgruppe Heidelberg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes ist als Vereinigung, deren Zwecke und Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen und die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten, nach Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes verboten.
2. Die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS wird aufgelöst.
3. Das Vermögen der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS wird beschlagnahmt und zu Gunsten des Landes Baden-Württemberg eingezogen.
4. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen.
5. Die sofortige Vollziehung vorstehender Verfügung wird angeordnet.

Begründung:

I. Die Hochschulgruppe Heidelberg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes gehörte dem SDS-Bundesverband bis zu dessen Selbstauflösung im März 197o an. Seither besteht sie als "arbeitende Gruppe" selbständig und ohne organisatorische Bindung an andere etwa noch existierende ähnliche Gruppen weiter. Auch ihre Tätigkeit beschränkt sich im wesentlichen auf Heidelberg, jedenfalls jedoch auf den Landesbereich. Die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS ist ein Verein im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes vom 5. August 1964 (BGBl. I, S. 593). Ihr Führungsorgan ist seit Januar 197o der sogenannte Zentralausschuß. Einen Vorstand im herkömmlichen Sinne hat sie, soweit bekannt, gegenwärtig nicht.

II. Die Tätigkeit der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS läuft den Strafgesetzen zuwider. Dies ergibt sich u.a. aus folgenden Tatsachen:

1. Am 19. Juni 197o fand im Hotel "Europäischer Hof" in Heidelberg eine international besuchte Konferenz über Entwicklungshilfepolitik in Anwesenheit des Weltbankpräsidenten und früheren amerikanischen Verteidigungsministers Robert McNamara statt. An diesem Tage versammelten sich gegen 13.2o Uhr ca. 6oo Demonstranten auf dem Universitätsplatz in Heidelberg. Der polizeilich angemeldete Aufzug, der sich kurze Zeit später formierte, hielt sich schon sehr bald nicht mehr an den festgelegten Weg. Die Teilnehmer des Zuges, der sich im Laufschritt in Bewegung gesetzt hatte, teilten sich plötzlich in zwei Gruppen, die auf getrennten Wegen die Tagungsstätte zu erreichen und zu stürmen versuchten. Die erste Gruppe konnte bei dem Versuch, die äußere Absperrung unter Verwendung von Schlagwerkzeugen, durch Steinwürfe und das Werfen von Farbbeuteln zu durchbrechen, durch polizeiliche Einsatzkräfte zurückgedrängt werden. Die kurz danach ankommende zweite Gruppe ging in Keilform gegen die äußere Absperrung vor und versuchte, zum Haupteingang des Hotels "Europäischer Hof" vorzudringen. Dabei wurden Latten, Steine und Farbbeutel als Wurfgeschosse gegen die eingesetzten Polizeibeamten benutzt. Das offensichtlich vorgeplante gewaltsame Eindringen in das Hotel - unter Inkaufnahme massiver Konfrontation mit der Polizei - konnte vereitelt werden. Während des Nachmittags und Abends kam es zu weiteren schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizeibeamten, wobei die Demonstranten aus einer nahegelegenen Baustelle Eisenstangen, Bauklammern, Steine und Latten holten und gegen die Polizeibeamten als Schlaginstrumente oder Wurfgeschosse einsetzten. Beim polizeilichen Einschreiten gegen die die Sophien-

straße in Heidelberg blockierenden Demonstranten benutzten diese außerdem auch Säure, was zur Verletzung dreier Polizeibeamten führte. Im übrigen wurden die Einsatzkräfte der Polizei aus den Fenstern eines Universitätsgebäudes mit Flaschen und Steinen beworfen. In Anwesenheit von 3oo bis 4oo Demonstranten wurden auf dem Universitätsplatz bei einem teach-in weitere Wurfkörper, Schlagwerkzeuge, Holzlatten und Bier verteilt.
Schließlich wurde gegen Ende der Ausschreitungen das Dienstgebäude der Polizeidirektion Heidelberg mit faustgroßen Steinen beworfen. Dabei wurden 7 Scheiben zertrümmert.
Im Verlauf der Auseinandersetzungen an diesem Tage erlitten 25 Polizeibeamt schwerere Verletzungen. Weitere 45 Beamte wurden leicht verletzt.
Der Sachschaden ist beträchtlich und noch nicht abschätzbar. Die Demonstration war von der Heidelberger SDS-Funktionärin Ariane Brodhage angemeldet worden. Als Teilnehmer an den gewalttätigen Aktionen gegen den Entwicklungshilfekongreß wurden u.a. die SDS-Mitglieder Hans-Gerhard ("Joscha") Schmierer, Burkhard von Braunbehrens, Thomas Ripke, Uwe Kreuter, Jochen Roth, Claudia Stecher, Armin Zumrode, Günther Mangold, Günter Baumann, Dietrich Hildebrandt, Volker Müller, Bernhard Vatter, Bernd Köninger, Herbert Breger und Dieter Wesemann mit Sicherheit erkannt. Bei Wesemann handelt es sich um denjenigen Demonstrationsteilnehmer, der festgenommen wurde, weil er eine schwere und spitze Eisenstange auf einen Polizeibeamten geschleudert hatte, der sich lediglich im letzten Augenblick durch Zur-Seite-Springen hatte retten können.

Die Hochschulgruppe des SDS Heidelberg trägt für die Ausschreitungen am 19. Juni 197o, bei denen u.a. die Straftatbestände des Landfriedensbruchs, des versuchten Totschlags, der Nötigung, der gefährlichen Körperverletzung u.a. erfüllt wurden, umso mehr die Verantwortung, als nicht etwa nur die versammlungsrechtliche Anmeldung durch eine SDS-Funktionärin erfolgt ist; vielmehr entspricht die Aktion als Kampfmaßnahme gegen die Entwicklungshilfepolitik westlicher Länder dem seit geraumer Zeit erklärten Ziel des früheren SDS-Bundesverbands. Von ihm hat sich die Hochschulgruppe Heidelberg nicht nur nicht distanziert; sie hat nämlich schon vor dem 19. Juni 197o eindeutig zu erkennen gegeben, daß sie den geplanten Kongreß mindestens zu stören, wenn nicht zu verhindern gedenke. Insofern ist die Teilnahme der genannten SDS-Mitglieder nicht zufällig, sondern ein selbstverständlicher und gezielter Beitrag zu den von vornherein unfriedlich konzipierten Aktionen vor dem Hotel "Europäischer Hof" und in dessen näherer Umgebung.

2. Die Vorgänge vom 19. Juni 197o sind ferner nicht etwa einmalige Entgleisungen der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS, wie folgende Vorgänge beweisen:

a) Am 22. April 197o fand in Heidelberg eine von SDS, AStA und anderen Gruppen veranstaltete Demonstration statt, die von dem SDS-Funktionär und AStA-Vorsitzenden Dietrich Hildebrandt angemeldet worden war. Im Augenblick des Vorbeiziehens der Demonstranten am Amerikahaus entzündete sich dort in einem Bücherregal eine mit Zeitzünder versehene Nebelkerze, wobei ein Schaden von 3oo-4oo DM entstand.

b) Während eines Demonstrationszugs zum US-Hauptquartier am 6. Mai 197o wurden Steine und Metallstücke aus der Menge gegen das Amerikahaus und das Kaufhaus Horten geschleudert (Schaden: ca. 3.ooo DM). Die Anmeldung war von dem SDS-Funktionär Hans-Gerhard Schmierer bewirkt worden.

c) Am 25. Mai 197o konnte der Eingang vor und während einer Veranstaltung mit dem Journalisten Thilo Koch nur durch Einsatz von Wasserwerfern und der Hiebwaffe freigehalten werden. Die zum Teil mit Holzknüppeln bewaffneten Demonstranten schleuderten Steine gegen das Amerikahaus und auf die polizeilichen Einsatzkräfte, wobei drei Polizeibeamte Verletzungen erlitten. Unter den Demonstranten befanden sich mehrere Mitglieder der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS.

d) Zur weiteren Vervollständigung des Bildes seien die vom SDS Heidelberg in den Jahren 1968 und 1969 initiierten, zumindest aber in ihrem Verlauf maßgeblich beeinflußten gewalttätigen Aktionen und Kampagnen erwähnt:

27.1.1968: Störung der Veranstaltung "Studenten aus aller Welt singen und tanzen für Heidelberg",
4.2.1968: "Go-in" mit Störungen und Aufforderung zur Diskussion während des Gottesdienstes in der Peterskirche,
7.3.1968: Massive Störungen der SPD-Wahlversammlung mit Dr. Brückner,
12./15.4.1968: Beteiligung an den Ausschreitungen im Zusammenhang mit der Anti-Springer-Aktion vor dem Bechtle Druck- und Verlagshaus Esslingen,
8.5.1968: Aktion "Zerschlagt die NATO",
9.11.1968: Störaktionen gegen die Politologen-Tagung,
18.12.1968: Besetzung des Akademischen Auslandsamtes,
11.-17.1.1969: Die Aktionen gegen das Politisch-Wissenschaftliche Institut, das Akademische Auslandsamt und seinen Leiter,
3.-6.2.1969: Gewalttätigkeiten gegen Polizeibeamte und Beschädigung von Polizeifahrzeugen,
27.2.1969: Ausschreitungen beim Besuch des Ministerpräsidenten und des Kultusministers in Heidelberg,
3.7.1969: Tätlichkeiten im Anatomischen Institut, u.a. gegen Dekan Prof.Dr. Ferner gerichtet,
3.7.1969: Sturm auf das Rektorat der Universität Heidelberg und Wegnahme von Akten des Rektors, Sachbeschädigungen,
4.11.1969: Verhinderung der Vorlesungstätigkeit des Prof.Dr. Tenbruck.

Diese Vorgänge zeigen, daß der SDS Heidelberg in den vergangenen Jahren Verstöße gegen die Strafgesetze, insbesondere gegen §§ 212, 43, 125, 223ff.; 113, 3o3ff., 24o, als Organisation jeweils unter taktischen Gesichtspunkten zur Durchsetzung seiner politischen Kampfziele in seinen Willen aufgenommen hat und daß die nur beispielhaft aufgezählten Verstöße gegen Strafgesetze in innerem Zusammenhang mit den Zielvorstellungen und dem Gesamtcharakter der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS, vertreten und geprägt durch die jeweils führenden Mitglieder gestanden haben und noch stehen.

III. Der SDS Heidelberg erstrebt insgesamt - gleichviel mit welchen taktischen Abweichungen vom Vorgehen anderer Gruppen - mindestens langfristig die revolutionäre Umgestaltung der derzeitigen politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Er hat nach dem gegenwärtig vorliegenden Beweismaterial in grundsätzlichen Fragen des Marxismus-Leninismus keinen andersartigen Standort als denjenigen der "Neuen Linken", den Jürgen Horlemann auf einer Kundgebung am 15. November 1969 in Berlin wie folgt umrissen hat:

"Alle unsere Aktionen und Kampfmaßnahmen müssen darauf gerichtet sein, unter der Führung der revolutionären Arbeiterklasse den Staatsapparat restlos zu zerschlagen, die Kapitalistenklasse zu stürzen und auf den Trümmern der alten Gesellschaft den Sozialismus aufzubauen." (RPK, Nr. 4o, 21.11.1969)

Die "Neue Linke" und mit ihr die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS in grundsätzlicher Übereinstimmung setzen nach wie vor ihre Angriffe gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland fort, um diese revolutionär zu beseitigen.
Nach dem bisher Ausgeführten, insbesondere unter richtiger Einschätzung der rechtswidrigen Kampagnen gegen die Hochschulen, die "Klassenjustiz", den Parlamentarismus und der Kampagne gegen die "Kriegsforschung", denen der SDS Heidelberg sich ohne Vorbehalt angeschlossen hat, muß davon ausgegangen werden, daß auch die Zielvorstellungen der in Frage stehenden Gruppe sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland richten. Ergänzend wird hierzu auf die Ausführungen des Bundesverwaltungsgerichts im Urteil vom 2o. Juni 1969 (VII C 73/68 - NJW 1969, S. 1748ff.) Bezug genommen, wonach der SDS durch seine Anschauungen mit ungesetzlichen Mitteln durch eine Revolution durchzusetzen trachtet.

IV. Einer Anfechtungsklage gegen diese Verfügung müßte im öffentlichen Interesse die aufschiebende Wirkung versagt werden, damit die Polizei des Landes ihrer in § 1 des Polizeigesetzes statuierten Pflicht, den Einzelnen und das Gemeinwesen vor drohender Verletzung von Recht und Ordnung zu schützen und die verfas-

sungsmäßige Ordnung zu gewährleisten, ohne Verzug nachzukommen und den gewalttätigen Rechtsbrüchen aller Art, die bisher von der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS ausgegangen sind, nachhaltig entgegenzutreten vermag.

In Vertretung des
Ministerialdirektors

gez. Dr. Kienle
Ministerialdirigent

RESOLUTION

Auf einem teach-in mit 2-3.000 Teilnehmern am 25.6.197o, 14 Uhr zum SDS-Verbot wurde bei 2 Gegenstimmen und ca. 1o Enthaltungen folgende Resolution angenommen:

1. Das teach-in verurteilt das Verbot des Heidelberger SDS. Nachdem der Heidelberger OB Zundel mehrmals vergeblich versuchte, in verfassungswidirger sungswidriger Weise ein generelles Verbot gegen Demonstrationen des SDS auszusprechen, erklärt das Innenministerium Baden-Württembergs den SDS zur verfassungswidrigen Organisation, um diese Frage, wie es irrtümlich meint, ein für allemal zu lösen.
2. Das teach-in verurteilt die Durchsuchung der Büroräume des AStA und die Beschlagnahme von Akten, infos und Roten Foren.
3. Das tech-in wählt ein "Aktionskomitee 25. Juni" (etwa 15 Personen) und erteilt ihm den Auftrag, eine Kampagne zur Aufhebung des Verbots des Heidelberger SDS und zur Absetzung Zundels und Krauses einzj einzuleiten. Das teach-in fordert das "Aktionskomitee 25. Juni" zur Unterstreichung dieser Forderungen auf, eine Demonstration für Dienstag, den 3o. Juni, 17 Uhr, anzumelden und durch eine gründliche Flugblattverteilung in der Stadt und vor den Betrieben vorzubereiten.
4. Das teach-in fordert alle demokratischen und sozialistischen Organisationen der BRD und Westberlins auf, am Dienstag zu Solidaritätsdemonstrationen aufzurufen.

Heidelberger Flugblatt (25.6.7o):

DER SDS IST VERBOTEN !

Heute morgen, 25.6.7o, hat das Innenministerium Baden-Württemberg das Verbot und die Auflösung der SDS-Gruppe Heidelberg verfügt. Zur Durchsetzung des SDS-Verbots drangen heute morgen um 9.3o dreißig Polizeibeamte im AStA ein, unter dem Schutz von mehreren Hundertschaften Bereitschaftspolizei mit Wasserwerfern und Schützenpanzerwagen. Dort beschlagnahmten sie alles, was irgendwie mit dem SDS in Verbindung gebracht werden kann: die Restauflage der Roten Kommentare, Megaphone, rote und Vietkong-Fahnen. Den anwesenden AStA-Vertretern wurde eine 7 Seiten lange Verfügung überreicht, in der das Innenministerium seine Verbotsgründe angibt. In der Begründung steht: "Die Tätigkeit der Hochschulgruppe HD des SDS läuft den Strafgesetzen zuwider." Dies ergibt sich aus folgenden Tatsachen: Es folgt eine Schilderung der Demonstration gegen McNamara aus der Sicht der Polizei. Es wird behauptet, Studenten hätten mit Säure auf Polizisten geworfen und weitere nachweislich falsche Anschuldigungen, sie hätten mit Flaschen und Steinen aus dem Universitätsgebäude geworfen usw. Die Brutalität der Polizei, gegen die sich die Studenten wehrten, bleibt natürlich unerwähnt. Es wird uns vorgeworfen, gegen die Entwicklungshilfepolitik vorgehen zu wollen, eine Behauptung, die allerdings richtig ist, denn diese "Entwicklungshilfe", die aus teuren Krediten an die Länder der Dritten Welt besteht, hilft nur dem Kapital und führt zur weiteren Ausbeutung der Länder der Dritten Welt (siehe Rote Kommentare von heute).
Weiter werden die meisten vergangenen Demonstrationen als Verbotsgründe aufgezählt. Weggelassen sind allerdings die Demonstrationen, die grössere Unterstützung aus der Bevölkerung erfahren haben, so bleibt z.B. die Rote-Punkt-Aktion unerwähnt.
Unter Punkt 3 wird angeführt, daß der SDS verfassungswidrig sei, weil er eine Kampagne gegen die Klassenjustiz und eine Kampagne gegen die Kriegsforschung betreibe. Deshalb müsse davon ausgegangen werden, daß auch die Zielvorstellungen (des SDS) sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung

der BRD richten. Insofern diese Ordnung Klassenjustiz und Kriegsforschung für die Profite des Kapital bedeutet, wird der SDS diese Ordnung auch weiterhin bekämpfen.

Das Verbot des SDS richtet sich nicht nur gegen die sozialistischen Studenten.

In der Verfügung wird ein Satz aus der Berliner Roten Pressekorrespondenz zitiert. Darin heißt es: "... Alle unsere Aktionen und Kampfmaßnahmen müssen darauf gerichtet sein, unter der Führung der revolutionären Arbeiterklasse den Staatsapparat restlos zu zerschlagen, die Kapitalistenklasse zu stürzen und auf den Trümmern der alten Gesellschaft den Sozialismus aufzubauen". (RPK, Nr. 4o v. 21.11.69)

Dieser Satz soll einen Verbotsgrund nicht nur für die sozialistische Organisation der Studenten, sondern auch für sämtliche Aktionen der Arbeiterklasse, die auf die Beseitigung des Kapitalismus zielen, sein. Gerade die Rote-Punkt-Aktion, an der sich ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung beteiligte und die in der Verfügung nicht mit aufgeführt wird, war eine Aktion, die das Kapital und seine Staatsgewalt fürchtet. Zundel hatte diese Aktion ähnlich wie Franz Joseph Strauß als die größte Niederlage der Demokratie bezeichnet. Der brutale Polizeieinsatz gegen die Studenten bei der McNamara-Demonstration sollte diese dazu bringen, sich durch die notwendige Form ihrer Gegenwehr von der Bevölkerung zu isolieren, um sie dann besser verbieten zu können. Das Verbot zielt aber auf die Aktionen, die der Staatsgewalt wirklich gefährlich werden, auf die Aktionen, in denen sich Studenten und arbeitende Bevölkerung zusammenschließen in der Verteidigung ihrer Interessen und Bedürfnisse gegen die Minderheit, die von der Ausbeutung der Menschen lebt.

Mit dem Verbot des SDS Heidelberg sollen auch die "Roten Kommentare" aus den Heidelberger Betrieben verschwinden.
Die Existenz einer Zeitung, die über das berichtet, was die Unternehmerpresse verschweigt, ist der ganzen Meute der Kapitalisten und der mit ihnen verbündeten Bürokraten unerträglich. Mit Berichten über Schweinereien in Heidelberger Betrieben, über die internationalen Klassenkämpfe, über die Gewerkschaften und andere, die Arbeiter unmittelbar interessierende Fragen haben die "Roten Kommentare" ein Loch in der Zensur der Unternehmerpresse geschlagen, für die das Proletariat nicht existiert. Die Septemberstreiks des vergangenen Jahres waren Alarmzeichen für das Kapital, das sich mit einem Male im ungestörten Genuß seiner erpreßten Profite bedroht sah. Die Arbeit sozialistischer Gruppen wie des SDS Heidelberg, die Versuche, den Arbeitern in den Betrieben mit der Publikation unterdrückter Nachrichten beim Kampf für ihre Interessen zu unterstützen, - diese Arbeit beginnt dem Kapital und dem Staatsapparat gefährlich zu werden, weil die Arbeiter begonnen haben, sich gegen Lohndrückerei und Ausbeutung zu wehren.

Das Verbot des SDS und der "Roten Kommentare" zielt gegen jeden Versuch, in diesem Staat eine sozialistische Opposition aufzubauen. Doch die kapitalistische Gesellschaft, die so offensichtlich nur dem Interesse einer kleinen Minderheit dient, kann sich auch nicht durch Verbote vor dem wachsenden Widerstand der Mehrheit schützen.
Die sozialistischen Studenten werden sich auch durch Verbote nicht abhalten lassen, ihren Kampf mit der Perspektive des festen Bündnisses mit der Arbeiterklasse verstärkt fortzusetzen.
Über 2.ooo Teilnehmer des Teach-in vom 25.6.197o, 14.oo Uhr, fordern:

1. Absetzung von Zundel und Krause
2. sofortige Aufhebung des SDS-Verbots.

Dienstag, 3o.6.197o, 17.oo Uhr
D e m o n s t r a t i o n
gegen das S D S - V e r b o t
(Uniplatz)

(Dieses Flugblatt wurde vor den Betrieben verteilt)

DIE SITUATION NACH DEM VERBOT

Die Staatsseite rechnete offensichtlich damit, daß das Verbot mit spontanen, heftigen Demonstrationen beantwortet würde. Die ganze Stadt, alle strategischen Punkte (Brücken usw.) waren mit Bereitschaftspolizei besetzt, Wasserwerfer und zwei Panzerspähwagen standen bereit. Spontane Demonstrationen hätten den Vorwand geliefert, die linke Studentenbewegung endgültig und wirksam zu zerschlagen, alle bekannten SDSler zu verhaften, u.U. den AStA zu suspendieren, eventuell den liberalen Rektor zu stürzen, der sich von der illegalen AStA-Durchsuchung distanziert hatte. Der Beschluß des teach-ins vom Nachmittag des 25.6., erst am kommenden Dienstag eine große friedliche Demonstration durchzuführen, hat sich inzwischen in jeder Beziehung als richtig erwiesen:

1. Die gerade laufenden Studentenparlamentswahlen konnten abgeschlossen werden. Dabei hat die Linke einen ihrer größten Sieg-e errungen. In allen Fakultäten, außer bei den Vorklinikern, Theologen und Biologen haben ehemalige SDSler und Institutsgruppenmitglieder die meisten Stimmen. Dieses Ergebnis kann vom Staat nicht leicht rückgängig gemacht werden, weil die Wahlen nicht Listen- sondern Persönlichkeitswahlen sind. Die Position der Linken an der Universität ist damit stärker geworden.

2. Der relativ späte Demonstrationstermin ermöglicht eine sehr breite Mobilisierung in der Stadt und in den Betrieben, die schon in der Vorbereitung der Demonstration dokumentiert, daß die Auflösung des SDS nicht die Zerschlagung der Linken in Heidelberg bedeutet.

3. Die lange Vorbereitungszeit für die Demonstration ermöglicht, daß die Demonstration sehr wahrscheinlich nicht zerschlagen werden kann: Aufgerufen haben neben dem 'Aktionskomitee des 25.Juni', in dem neben dem AStA die DKP und liberale Universitätsangehörige vertreten sind, u.a. Jusos, DJD, Stadtjugendring, IG-Metall-Jugend und Teile des Großen Senats. Der OB muß die Demonstration wahrscheinlich genehmigen, wird aber zuverlässigen Informationen zufolge die Bevölkerung aufrufen, den Stadtkern am Dienstag zu meiden und außerdem versuchen, Zusammenstöße zu provozieren, die der Polizei die Möglichkeit gäben, die Demonstration aufzulösen.(Der DGB-Spitze geht's ähnlich: sie konnte sich bei einer Betriebsräteversammlung mit einer Billigung des Verbots nicht durchsetzen, wird aber zugleich zur Räumung der Innenstadt durch die Bevölkerung aufrufen). Wenn wir die Demonstration am Dienstag erfolgreich durchführen können, bedeutet das, daß der Schlag gegen den SDS ein Schlag ins Wasser war. Der SDS Heidelberg ist aufgelöst, im Schutze einer breiten demokratischen Bewegung werden die Sozialisten in Heidelberg in der Universität und in der Stadt weiterarbeiten können.

4. Die lange Vorbereitungszeit für die Demonstration hat die Entfachung einer Solidaritätskampagne auf nationaler Ebene ermöglicht. Das Verbot war zumindest mit dem Bundesinnenministerium abgesprochen (vgl.Stuttgarter Zeitung vom 26.6.). Es ist zu vermuten, daß die Sozialliberalen die derzeitige Zersplitterung der westdeutschen Linken dazu benutzen wollen, sie durch die Zerschlagung ihrer wichtigsten, aber voneinander isolierten Stützpunkte soweit zu schwächen, daß sie nicht zu einer Vertiefung und Ausweitung der kommenden Klassenkämpfe beitragen kann. Stattdessen hat das Verbot und die Auflösung des SDS-Heidelberg dazu beigetragen, daß zum ersten Mal seit dem Zerfall der antiautoritären Studentenbewegung auf nationaler Ebene gemeinsame solidarische Aktionen durchgeführt werden. Diese Aktionen scheinen zunächst bloß defensiv zu sein. Daß in ihnen aber bereits die Perspektive der Wiederaufnahme von vereinheitlichender Diskussion und gemeinsamem Kampf enthalten ist, zeigt die Cabora-Bassa-Kampagne, die in Heidelberg auf die Bitte der FRELIMO begonnen wurde. Zumindest indirekt war sie einer der Anlässe für das SDS-Verbot. Es sollte verhindert werden, daß der SDS weiterhin, wie am 19.6.,

6., durch seine Aktionen den imperialistischen Charakter der sozialdemokratischen Politik in Bonn entlarvt und bekämpft. Bis zum 19.6. litt die Kampagne in der BRD an der Zersplitterung der Linken. Das Verbot des SDS hat sie mit einem Schlage auf nationaler Ebene entfacht. Die Aussichten, die westdeutsche Unterstützung für dieses Projekt zu verhindern, sind damit entschieden gewachsen.(Cabora Bassa Material über den AStA Heidelberg, Auslandsreferat, 69 HD, Grabengasse 14).

Die Parolen der De-monstration am 30.6. in Heidelberg werden sich auf folgende Forderungen beziehen:

- Aufhebung des SDS-Verbots
- Freiheit für Dieter Wesemann
- Absetzung von Zundel und Krause
- Für uneingeschränkte Demonstrationsfreiheit
- Nieder mit dem Cabora Bassa-Projekt !

(Aus einem Flugblatt des AStA Heidelberg v. 28.6.7o)

ZUR JURISTISCHEN EINSCHÄTZUNG DES SDS-VERBOTS

Die juristische Betrachtung des SDS-Verbotes hat sich zu beschäftigen mit A- der Verbotsverfügung und B-Der Vollstreckung der Verfügung.Im weiteren kann nur grob auf die juristische Problematik der beiden Maßnahmen eingegangen werden, jedoch läßt sich schon jetzt sagen, daß die juristischen Begründungen auf weite Strecken einfach unhaltbar und im Rest höchst fragwürdig, die Vollstreckungsmaßnahmen schlicht rechtswidrig sind.

A.Die Begründung der Verbotsverfügung hat zum Ziel ,nachzuweisen,daß der Zweck oder die Tätigkeit der Hochschulgruppe Heidelberg dex SDS den $ Strafgesetzen zuwiderläuft und sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet.

1.Die strafbare Tätigkeit des SDS wird zuallererst mit dem Verlauf der Demonstration gegen die "Entwicklungshilfe "begründet.Es ist ein Auuf-guß der alten Rädelsführertheorie, wenn hierbei mehrere SDS-Mitglieder aufgezählt werden,eine Theorie auch deshalb,weil die aufgezählten Personen zum größten Teil anhand von RNZ-Fotos als Demonstranten in der Friedrich-Ebert-Anlage identifiziert wurden,die Auseinandersetzzng mit Steinen ,Latten und Bauklammern jedoch in der Sophien -Staße erfolgte: ein jurist-isch unhaltbarer Versuch, ihnen Straftaten in die Schuhe zu schieben,für die darüberhinaus allenfalls ein Tatverdacht,jedoch nicht die für die Verbotsverfügung erforderliche rechtskräftige Verurteilung vorliegt.Aber darauf wird noch zurückzukommen sein.

Zur weiteren Unterstützung der strafbareb Tätigkeit werden Vorgänge aus den Jahren 1968 bis 197o herangezogen.Zu den drei Vorgängen in diesem ist zu bemerken,daß lediglich festgestellt wird,daß die Demonstrationen von SDS-Mitgliedern angemeldet worden waren bzw.im Falle Thilo Koch, ,daß unter der Menge der Demonstranten sich SDS-Mitglieder befanden. Für den betreffenden Vorwurf reicht dies,wenn man davon absieht,daß auch in diesem Falle keine rechtskräftige Verurteilung vorliegt,keineswegs aus.Die Anmeldung begründet keine Verantwortung für die strafrechtliche Tätigkeit irgendwelcher Demonstranten,der Anteil der SDS-Mitglieder an der Demonstration spricht für sich.Lächerlich ist die Suggestion, für den Nebeltopf im Amerikahaus sei der SDS-verantwortlich,nur weil die Masse der Demonstranzen in dem Augenblick vorbeizog,als er sich entzündete.

Vom SDS initiierte und in ihrem Verlauf maßgeblich beeinflußte gewalttätige Aktionen sollen gewesen sein (u.a.):

-ein go-in in der Peterskirche,bei dem bestenfalls ein paar SDS-Mitglieder anwesend waren,

-Zwischenrufe,nichts anderes waren die "massiveh Störungen'einer Wahlversammlung",
-die Springer-Blockade(Eberhard Bekker und Günther Mangold sind in diesem Zusammenhang freigesprochen worden),
-eine Aktion "Zerschlagt die NATO"etc.
Zunächst kann bei der Mehrzahl der Aktionen nicht einaml in dem extensiv ausgelegten Sinn gesprochen werden kann,den der BGH seinem umstrittenen Läpple-Urteil zugrundegelegt hat.
Weiterhin fehlt es an einer strafbaren Tätigkeit des Vereins,da bislang keine rechtskräftigen Urteile vorliegen.Im Gegenteil:die überwiegende M Mehrzahl der Verfahren wurde wegen Geringfügigkeit eingestellt,der Rest n nicht weiterbetrieben.Wenn man hier juristisch weiterbetrachtet, hätte, wäre man auf den Gedanken gekommen, daß die Ursache für den Mangel an solchen Urteilen in der Amnestie zu suchen ist. Darüber hat man kein Wort verloren ,obwohl klar ist ,daß eine Amnestierung der Individuen,die in allen Fällen nicht die Vollstrekkung von Urteilen hinderte,sondern bereits die laufenden Verfahren zum Erliegen brachte,auch Einfluß haben muß auf die strafrechtliche Bewertung des SDS als Verein.
Rechtskräftige Urteile sind erforderlich, es sei denn,man wollte sich ok bei dem Erfordernis der strafbaren Tätigkeit mit Ermittlungen deer Staatsanwaltschaft begnügen,die aufgrund von Anzeigen oder von Verdachtsnomenten strafbarer Handlungen in Gang gebracht werden.
Nicht angeführt wurden :die ROTE-PUNKT-Aktion und der Freispruch im AStA-Prozeß.Kein Überlegungen wurden angeführt zur Tätigkeit der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS in der Hochschule (Notstandsgesetze,Hochschulgestz,Ordnungrecht,),in der Stadt (Wieblingen),und in den Betrieben,obwohl bei der Prüfung ,ob die Tätigkeit des Vereins den Strafgesetzen zuwiderläuft,der Gesamtcharakter des Vereinstätigkeit zu bewerten ist .
Einzelne Straftaten genügen für das Verbot nur ,wenn der Verein gerade zuer Begehung von strafbaren Handlungen begründet wurde,wie z.B. ein Verein zur Umgehung der Steuerpflicht ,

2.Das Grundgesetz verbietet nicht die Revolution.Entsprechend vage sind die Ausführungen zum Vorwurf,die Tätigkeit des SDS oder dessen Zweck richte sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung.Als Kampagne,die diesen Vorwurf belegen sollen,werden angeführt:
-eine Rechtswidrige Kampagne gegen die Hochschule;hier ist vollkommen unerfindlich,was gemeint ist,zumindest ist der Vorwurf nicht genügend substantiiert,damit als Beleg hinfällig.
-Eine rechtswidrige Kampagne gegen die Klassenjustiz:Verhalten von SDS-Mitgliedern in diesem Zusammenhang sind allenfalls unter den Begriff "Ungebühr vor Gericht",was Ordnungstrafen,keine Kriminalstrafen nach sich zieht.
Alles andere sind wissenschaftliche Analysen,die unter den Schutz der von Art.5 GG (Meinungsfreiheit) stehen.Letzteres gilt genauso für die "rechtswidrigeKampagne"gegen den Parlamentarismus,
-der Vorwurf der rechtswidrigen Kampagen ist völlig unbegründet,vor allem wenn man die Präambel des GG("Dem Frieden der Welt zu dienen")und Art. 26GG,der "Handlungen,die geeigent sind und in der Absicht vorgenommen werden,das friedluche Zusammenleben der Völker zustören",verbietet,hier in die Überlegungen miteinbezieht.
3. (xxx)
B.Die Beschlagnahme ist rechtswidrig.
Unter den Zahlreichen Problemen,wie z.B. die Verletzung der Pressefreiheit durch Beschlagnahme der Roten FOREN und Roten Kommentaren,ist die Beschagnahme AStA-Akten,die sich lediglich auf die Verbotsverfügung stützt,das Wichtigste: die Gerichte werden nicht umhin können ,zwischen -AStA und SDS organisationsrechtlich zu unterscheiden müssen.Eine Beschlagnahme von SDS-eigenen Gegenständen(wenn man unterstellen wollte,daß es solche waren)bedarf nach §1o Vereinsgesetz,§ 4 (Durchführungsverordnung einer besonderrn Anordnung der Vollzugsbehörde.Diese mußte dem AStA zugestellt werden,und es war darzulegen,daß die sichergestellten Sachen zum Vereinsbesitz gehören.Dies ist nicht erfolgt,die Beschlagnahme ist also schon nach denVorschriftendes Vereinsrechts rechtswidrig.

Darüberhinaus ist §1o Vereinsgesetz, der Beschlagnahmen und Hausdurchsuchungen aufgrund einer Anordnung der Verwaltung bei Personen, die nicht vereinsmitglieder sind, zuläßt, verfassungswidrig, da nicht mit Art. 13 GG vereinbar, der solche Durchsuchungen an eine richterliche Anordnung

bzw. andere Voraussetzungen, die hier nicht vorlagen, bindet.

Darüber hinaus wurde der Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel verletzt. Da das Verwaltungsvollstreckungsgesetz eine Skala von Maßnahmen vorschreibt, die sich als undurchführbar erweisen müssen, sollte als härtestes Mittel der unmittelbare Zwang angeordnet werden.

(AStA-info Heidelberg, 28.6.7o)

CABORA BASSA

DIE STELLUNG PORTUGALS IM KAPITALISTISCHEN SYSTEM

Kolonialismus und Unterentwicklung

Damit wir die gegenwärtige Situation Portugals verstehen können, ist es wesentlich, daß wir die wichtigen historischen Voraussetzngen untersuchen, die dazu führten, daß die einstige europäische Metropole heute das Bild eines unterentwickelt gehaltenen Landes darbietet.
Anders als bei den später auftretenden Kolonialmächten wie Großbritannien, Frankreich, Deutschland etc. war für Portugal nicht das Diktat kapitalistischer Verwertungszwänge maßgeblich für die Schaffung eines Kolonialreiches. Während für die erst im 19. Jahrhundert wirklich expandierenden Staaten der Zwang bestand, das akkumulierte industrielle Kapital zu verwerten, um den noch relativ jungen Kapitalismus weiter zu festigen und zugleich seine ersten systemimmanenten Krisen zu überbrücken, datiert der Ursprung des portugiesischen Kolonialismus bereits in der vorindustriellen Periode.

Zu Beginn des 15. Jahrhunderts wurden von Portugal die ersten Expeditionen unternommen, um den Seeweg nach Indien zu entdecken. Dabei wurden insbesondere an der afrikanischen Küste Stützpunkte errichtet. Im Verlaufe der weiteren Entwicklung gewannen sie zunehmend den Charakter von Handelsniederlassunge die jedoch nicht nach ausschließlich privatkapitalistischen Interessen organisiert waren und funktionierten. Vielmehr unterlagen die dort vertretenen Handelskompanien in ihren Aktivitäten den Weisungen der portugiesischen Krone.
Die Handelsgüter waren anfangs Gewürze. Einen bedeutenden Aufschwung des Handelskolonialismus setzte mit der Aufnahme des Sklavenhandels ein. Im Austausch für diese Waren gaben die Portugiesen billige Manufaktur- und später Industriewaren, die sie überwiegend aus den Niederlanden und Großbritannien bezogen.
Die Profite, die Portugal aus dem Besitz der Niederlassungen zog, entstanden in der Blütezeit des Raubkolonialismus in erster Linie aus den Sklavenhandel. Die Metropole blieb hier auch, genau wie bei den anderen Waren, in der Funtion eines Zwischenhändlers. Wichtigster Absatzmarkt für das Sklavengeschäft war Amerika, hier besonders die portugiesische Kolonie Brasilien. Mit dem Verlust Brasiliens in 1822 und der offiziellen Abschaffung der Sklaverei in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde das Ende des portugiesischen "Ultra-Kolonialismus" eingeleitet. Wie wir sehen, schuf die Entwicklung

des industriellen Kapitalismus in Europa und den USA mit seinen Folgen, mit seinen Folgen, die unmittelbar Portugal betrafen (Abschaffung der Sklaverei), jedoch für Portugal nicht die Möglichkeit, vom bisherigen Plünderungskolonialismus überzugehen zum systematisierten Verwertungskolonialismus. Ursache dafür war die Unterwerfung Portugals unter die Profit- und Verwertungsinteressen besonders des am Beginn des 18. Jahrhunderts in Europa dominierenden britischen Industriekapitals. Die deutlichste Manifestation dieses historischen Prozesses war der 1703 geschlossene Vertrag von Menthuen, "der den Beginn der ökonomischen und politischen Abhängigkeit Portugals vom englischen und, seit dem 2. Weltkrieg, vom internationalen Kapital einleitete." (INFI "Der revolutionäre Befreiungskrieg", Berlin 1969, S. 23). Mit dem Vertrag sicherte England seiner zu der Zeit blühenden Baumwollindustrie einen festen Absatzmarkt in Portugal, das britische Baumwollwaren von Zöllen befreite. Als Gegenleistung erhielt Portugal die Möglichkeit, ebenfalls zollfrei Wein nach England zu exportieren.

Damit wurden zwei wesentliche Abschnitte der portugiesischen Geschichte auf ein Datum fixiert. Der Vertrag, der zugleich auch Militärpakt war, versetzte Portugal zum einen in die Lage, weiterhin Kolonialmacht zu bleiben und mit Hilfe Großbritanniens die kolonialen Ansprüche Hollands abzuwehren, zum anderen aber begab sich Portugal der Möglichkeit, einen Prozeß der Kapitalakkumulation auf industrieller Basis in Gange zu setzen. Tatsächlich wurde der agrikulturelle Charakter des Landes perpetuiert.

Verfolgen wir weiter die Entwicklung der ökonomischen Strukturen, so sieht man, daß am Ende des 19. Jahrhunderts -also mitten in der ersten imperialistischen Phase der kapitalistischen Staaten- alle wichtigen Bereiche der portugiesischen Wirtschaft vom englischen Kapital beherrscht wurden - so wie die Großbanken, bedeutende Handelsgesellschaften und die im geringen Umfange vorhandenen Ansätze von Industie.

Großbritannien, das sich durch sein Vordringen in Portugal de facto eine neue Halbkolonie geschaffen hatte, war durch die sich verschärfende Konkurrenz mit den anderen kapitalistischen Staaten (USA, Deutschland, Belgien) gezwungen, seine Position in den von ihm okkupierten Ländern weiter zu festigen, um sich die dort geschaffenen Absatzmärkte und Rohstoffquellen weiterhin zu erhalten. Die Engländer schufen mit der von ihnen gegenüber Portugal verfolgten Politik - "Schutzmacht" und gleichzeitig imperialistischer Ausbeuter - zwangsläufig als Konsequenz die Tatsache der ökonomischen Unterentwicklung Portugals.

Dadurch, daß Portugal bereits zu Beginn der Industriealisierungsperiode in Europa die Möglichkeit fehlte und von England auch systematisch genommen wurde, die ursprüngliche Akkumulation vorzunehmen, mußte jede Investition in der vormaligen Metropole den wirtschaftlichen Unterschied zwischen Portugal und den sich entwickelnden Industriestaaten vergrößern. Dort beschleunigte sich die Industriealisierung zunehmend. Die Folgen sind uns bekannt: steigende organische Zusammensetzung des Kapitals, Zentralisation des produktiven Kapitals in der Hand einiger weniger großer Gesellschaften, beschleunigte Akkumulation, wachsende Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals. Bedingt durch diese Entwicklung entstanden die expansionistischen Bestrebungen des Kapitals und seiner politischen Organisationen, der Staaten.Durch die wachsende Hegemonie der der kapitalistischen Staaten überall in der Welt wurde es den Nationen, die vom europäischen Kapital überschwemmt wurden, so gut wie unmöglich, selbst genügend Kapital anzusammeln, um die eigene Industrie-

alisierung zu beginnen. Dieser allgemeine Satz muß in Bezug auf Portugal jedoch modifiziert werden. Wie wir gesehen haben, hatte die Klasse der Handelsbourgeoisie durchaus beträchtliche Profite aus ihren Machenschaften geschlagen. Wir müssen nun also fragen, weshalb nicht ein Umschlagen des Handelskapitals in industrielles Kapital stattfand.
Wesentliche Ursache für diese Fehlentwicklung waren die Beziehungen zwischen der Händlerklasse und dem Staatsapparat sowie die ökonomisch unsichere Basis eines nahezu ausschließlichen Handelskapitalismus. Die Profite aus der Ausplünderung der Kolonien waren zwar beträchtlich, wurden aber weitgehend wieder aufgezehrt durch den Staat einerseits und die Handelsbourgeoisie andererseits.
Weil das Handelskapital im Vergleich zum industriellen Kapital kaum in der Lage ist, produktiv zu konsumieren, also produktiv zu verwerten, konnten beträchtliche Teile des Gesamtprofits für Kriegsführung, die Luxuskonsumtion der höfischen Clique und der Klasse der Handelskapitalisten abgezweigt werden, ohne daß sich in der vorindustriellen Periode negative Folgen bemerkbar machten. Langfristig aber zeigten sich die Konsequenzen des politisch-ökonomischen Systems des kolonialen Raubzuges spätestens dann, als in einigen anders entwickelten und strukturierten Ländern Westeuropas das Zeitalter des industriellen Kapitalismus einsetzte.
Wie wir schon festgestellt haben, wurde Portugal in kürzester Zeit abhängig vom britischen Kapital. Diese Abhängigkeit war und ist wirtschaftlicher und letztlich auch politischer Art. Dadurch wurde Portugal gezwungen, die alten und von der historischen Entwicklung im gesamtkapitalistischen Maßstab bereits ad acta gelegten Formen des Kolonialismus weiter anzuwenden. Erst mit dem Einsetzen des Befreiungskrieges in Afrika und der damit verbundenen stärkeren Öffnung auch der Kolonien für das ausländische Monopolkapital begann eine qualitativ höhere Stufe des jetzt nur noch formal von Portugal betriebenen Kolonialismus.

Die ökonomische Situation Portugals

A. Ökonomie eines unterentwickelt gehaltenen Landes

Portugal weist aus den oben schon genannten Gründen Merkmale auf, die es eindeutig als unterentwickeltes Land charakterisieren: Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen lag 1964 mit $250,-- pro Jahr unter dem von der UNO ermittelten Minimum und ist als niedrigstes in Europa geringer als das von Griechenland oder auf Weltebene als das von Mexiko.

Tabelle 1

Monatliches Durchschnittseinkommen einer port. Familie

	DM	Anteil an der Gesamtbevölkerung in %
weniger als	111,--	25,0
111,-- bis	347,50	65,0
347,50 bis	709,--	7,5
mehr als	709,--	2,5
		100,0

Zwar sind die Bruttolöhne in den letzten Jahren stak angestiegen, doch hat sich der Lebensstandard der lohnabhängigen Klasse wegen der außerordentlich schnell wachsenden Konsumgüterpreise kaum verbessert. Forderungen der Arbeiterklasse nach Lohnerhöhungen, unabhängigen Gewerkschaften oder Streiks sind von der herrschenden Klasse verboten.

Industrie, erzeugen nur knapp 13 % des Bruttoinlandprodukts. Die Bodenschätze bleiben genauso wie das elektrische Potential des Landes zum größten Teil ungenutzt, weil nicht genügend Kapital akkumuliert wurde, um die nötigen Investitionen vorzunehmen. Viele Industriebetriebe sid Kleinunternehmen:
25 % der Betriebe haben weniger als 20 Arbeiter (BRD: 4,8 %), in der extraktiven Industrie sind in einem Betrieb durchschnittlich 5,1 Arbeiter beschäftigt.

Die portugiesische Ausfuhr umfaßt vor allem Rohstoffe und wenig verarbeitete Produkte, während Fertigwaren und Investitionsgüter eingeführt werden:

Tabelle 3

Die wichtigsten Exporte und Importe Portugals nach Warengruppen in Mill. Esc. (1969)

Warengruppe	Export	Import
Textilrohstoffe u. Textil erzeugnisse	6630,5	4276,8
Erzeugnisse der Lebensmittelindustrien, Getränke, Alkoholika, Essig, Tabakwaren	4041,5	1248,3
Holz, Kork u. Waren daraus, pflanzliche Kohle	2426,5	408,1
Maschinen, Apparate, Elektromaterial	1498,7	6465,3
Erzeugnisse der chemischen Industrien	1376,5	2927,8
Naturperlen, Edelsteine, Edelmetalle, Waren daraus, Schmuck u. Schmuckwaren, Münzen	1303,7	1333,0
Rohstoffe für die Papierfabrikation, Papier, Papierwaren	1262,5	689,7
Gewöhnliche Metalle u. Waren daraus	1105,0	3369,2
Transportmaterial	207,3	4161,8
Mineralprodukte	780,1	3274,4
Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs	538,1	3039,9
Kunststoffe, Kunstharze, Gummi u. Waren daraus	334,8	1405,5

Die portugiesische Wirtschaft ist durch einen großen Anteil ausländischen Kapitals gekennzeichnet:
So befindet sich die verarbeitende Industrie zum größten Teil in ausländischem, vor allem britischen Besitz. Auch andere Sparten der Wirtschaft werden von ausländischen Investitionen beherrscht, wie etwa die Straßenbahn- und Telefongesellschaften, die britischen Konzernen gehören.

Seit Ende des 2. Weltkrieges ist neben britischem immer mehr internationales Kapital nach Portugal geflossen. Ein großer Teil dieser Investitionen stammt aus der BRD:
Von 1951 bis Mitte 1969 wurden 65,9 Mill. DM investiert, 1970/71 sollen 90 Mill. DM hinzukommen!

Tabelle 2

Steigerung der gewerblichen Löhne in der Industrie und dem Transportwesen; Steigerung der Verbraucherpreise und Großhandelspreise (alle Werte für Lissabon)

Löhne		Verbr.Preise		Großhdl.Preise	
1964 - 66	a) +15,1%	1965 - 67	c) + 12,3%	1965 - 66	e) +3,2%
1966 - 67	a) + 7,4%	1967 - 68	c) + 4,8%	1966 - 67	e) +6,2%
1967 - 68	a) +10,5%	1968 - 69	b) + 10,8%	1967 - 68	e) +1,5%
1968 - 69	b) +12,5%			1968 - 69	d) +3,6%

Anmerkungen: a) jeweils September, b) jeweils Juli, c) jeweils November, d) jeweils Dezember, e) jeweils Oktober.

Tabelle 2 zeigt uns sehr deutlich, daß die Bruttolohn-Erhöhungen vor allem vom Einzel- und Zwischenhandel abgeschröpft werden.

Dementsprechend hat Portugal den niedrigsten Lebensstandard Europas. Der Fleischkonsum pro Person ist viermal niedriger als in Frankreich und entspricht damit etwa dem Ägyptens. Der Zuckerverbrauch ist so hoch wie in Ceylon oder Pakistan. Insgesamt ist die Kalorienzufuhr geringer als in Griechenland, Paraguay oder Ägypten. Der Energieverbrauch pro Kopf beträgt nur 13 Prozent von dem Westdeutschlands. Auch die Wohnverhältnisse sind katastrophal. So leben etwa in Li ssabon Tausende von Familien in Räumen, die nicht für Menschen geschaffen sind, wie selbst die Regierung zugeben muß.
Diese Mangelerscheinungen in der Ernährung und den Wohnverhältnissen beeinträchtigen die Gesundheit der Bevölkerung im beträchtlichen Ausmaß. Die Kindersterblichkeit ist mit fast neun Prozent die höchste in Europa; ebenso hat Portugal die höchste Mortalität in Europa durch TBC.
Ein weiteres signifikantes Merkmal für die portugiesischen Verhältnisse ist die Analphabetenquote von 40 Prozent.
Nach Kenntnis dieser Dinge überrascht es nicht, daß über 15 % der Bevölkerung, nämlich 1,5 Millionen Portugiesen, als Gastarbeiter im Ausland, vor allem in Frankreich (ca. 1 Million), leben.

Diese Tatsachen finden ihre Erklärung in der Struktur der portugiesischen Wirtschaft:
Die Landwirtschaft, in der mehr als 40 % aller Beschäftigten tätig sind, erwirtschaftete 1968 nur 15 % des Bruttosozialproduktes. Dies ist neben dem Mangel an modernen Maschinen und Kunstdünger auf die ungleichmäßige Verteilung des Bodens zurückzuführen:
39 % des bebauten Landes gehören zu jenen 0,3 % der Landbetriebe, die größer als 200 ha sind, während nur 28 % des bebauten Landes zu jenen 94,9 % der Landbetriebe gehören, die kleiner als 10 ha sind, oder:
4 Großgrundbesitzern gehört mehr Land als über 50.000 Kleinbauern zusammen. Die Besitzer der Minifundien (häufig kleiner als 1 ha) im Norden des Landes besitzen nicht genügend Kapital, um ihre Betriebe zu modernisieren, während die Großgrundbesitzer, die im Süden des Landes ihre Latifundien (durchschnittlich 2500

ha) haben, auf denen sie jedoch nicht leben, keine Neu-Investitionen vornehmen, da ihr Besitz ihnen in der derzeitigen Form bereits eine ausreichende Akkumulation gestattet.

Ebenso wie die Landwirtschaft ist auch die Industrie Portugals nicht entwickelt.
Kapitalintensive Industrien, wie Schwerindustrie und chemische

Dies alles läßt erkennen, weshalb die Landwirtschaft nicht in der Lage ist, Portugal ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen, so daß ständig Nahrungsmittelimporte nötig sind.

Tabelle 4

BRD-Investitionen in Portugal
(kumulativ in Mill. DM ab 1951)

31.12.63	18,3
31.12.64	23,6
31.12.65	28,0
31.12.66	45,1
31.12.67	55,0
30. 9.68	61,6
31,12.68	64,0
30. 6.69	65,9

Diese Investitionen werden vor allem unter zwei Aspekten vorgenommen:

1) Aufgrund der niedrigen Arbeitslöhne ergibt die Herstellung von arbeitsintensiven Produkten in Portugal trotz der Transportkosten hohe Extraprofite, selbst dann, wenn die Rohstoffe aus dem investierenden Land stammen und die gesamte Produktion in dieses Land zurückfließt.
2) Speziell für Investoren aus EWG-Ländern bietet Portugal als EFTA-Mitglied den Vorteil, keine Zollschranken zu den übrigen EFTA-Staaten zu haben. Obwohl "der portugiesische Markt nicht interessiert, da er zu wenig teure Artikel konsumiert", werden trotzdem Investitionen vorgenommen, denn "im Export wird über das Doppelte verdient." (zitiert nach "Portugal mit seinen Überseegebieten", Handelsblatt vom 29.4.69, S. III)

B. Die Ausbeutung der Kolonien

Aus der Struktur der portugiesischen Wirtschaft folgt zwangsläufig ein permanentes Defizit in der Handelsbilanz, das ständig zunimmt und im letzten Jahr mit über 11,7 Mrd. Esc. (ca. 1,7 Mrd. DM) einen neuen Höchststand erreicht hat. Trotz des Handelsbilanzdefizits ist die Zahlungsbilanz der Escudo-Zone (Portugal und Kolonien) positiv. Allerdings ist auch hier in den beiden letzten Jahren ein rasches Absinken von gut 6 Mrd. Esc. auf 1,6 Mrd. Esc. (ca. 850 Mill. DM auf 200 Mill. DM) zu verzeichnen.

Tabelle 5

Handelsbilanzsalden Portugals und Zahlungsbilanzsalden der Escudo-Zone in Mill. Esc.

Jahr	Handelsbilanzsaldo	Zahlungsbilanzsaldo
1967	- 9450	+6067
1968	-8829	+4115
1969	- 11734	+1643

Die Divergenz zwischen Handelsbilanz- und Zahlungsbilanzsaldo beruht im Wesentlichen auf folgenden Punkten:

a) Tourismus
b) Überweisungen von portugiesischen Gastarbeitern
c) ausländische Investitionen und Kredite
d) Erträge aus den Kolonien

Zu diesen vier Punkten ist zu bemerken, daß der Punkt "ausländische Investitionen" in der Zukunft genau dann eine Belastung der Zahlungsbilanz darstellen wird, wenn das internationale Kapital beginnt, die erzielten Gewinne aus Portugal abzuziehen und nicht zu reinvestieren.
Am meisten Beachtung verdient jedoch Punkt vier, "Erträge aus den Kolonien".

Da die Zahlungsbilanz die gesamte Escudo-Zone umfaßt, werden einige Dinge verschleiert, die die Ausbeutung der Kolonien erst in ihrem ganzen Umfang sichtbar werden ließen:
Die Zahlungsbilanz erfaßt nicht den Handel Portugals mit seinen Kolonien: Portugals Handelsbilanz ist in diesem Sektor positiv. Dies ist u.a. der Fall, weil der Absatz portugiesischer Produkte in den Kolonien durch Zölle und Verwaltungsmaßnahmen stark begünstigt wird, während dort lokale Industrien, die eine Konkurrenz zu portugiesischen Betrieben im Mutterland darstellen, hohen Steuerbelastungen unterworfen werden.
Weiter geht aus der Zahlungsbilanz nicht hervor, daß den Kolonien selbständige Beziehungen zu ausländischen Handelspartnern verboten sind und somit sämtliche Exporterträge und -kredite zunächst nach Portugal fließen. Dort werden diese Devisen in portugiesische Escudos und erst dann in Kolonial-Escudos umgewechselt. Dieser doppelte Umtausch stellt einen weiteren Punkt der Ausbeutung der Kolonien dar, weil die Währungsparität für die Kolonial-Escudos durch Portugal festgesetzt wird-stets zum Nachteil der Kolonien.

Aus diesen Tatsachen ist klar zu entnehmen, daß Portugals Erträge aus den Kolonien weitaus höher sind, als die Zahlungsbilanz der Escudo-Zone zu erkennen gibt. Daher ist es durchaus berechtigt davon zu sprechen, daß Portugal unter Beibehaltung seiner heutigen wirtschaftlichen Strukturen ohne die Ausbeutung der Kolonien ökonomisch nicht existenzfähig wäre.

MOZAMBIQUE

Bereits lange vor der portugiesischen Eroberung trieben die Stämme und Königreiche im Gebiet des heutigen Mozambique Handel mit den Persern, den Indern und Arabern. Die Kontakte gehen zurück bis in die Zeit vor Christi Geburt. Besonders der intensive Handel mit den Arabern brachte große Reichtümer in das Gebiet. Die Araber erhielten im Tausch gegen orientalische Luxusgüter Gold, das in den Bergwerken des Königreiches des Monomotapa geschürft wurde, und Elfenbein und Sklaven. Wahrscheinlich entwickelte sich durch diese Kontakte die feudale Herrschaftsstruktur, die den Verkauf von eigenen und fremden Untertanen als Sklaven erleichterte. Der direkte Einfluß der Araber, der sich über das nördliche Mozambique erstreckte bis in die

Gegend des heutigen Beira,wirkt sich bis heute aus:in der Sprache;im Norden Mozambiques wird Suaheli,eine bantu-arabische Mischsprache gesprochen;und in der Religion;die meisten Stämme im Norden Mozambiques sind islamisiert.Die Stämme des Südens sprechen reine Bantu-Sprachen und hängen Naturreligionen an oder sind christianisiert.
Zu Anfang des 16.Jahrhunderts eroberten die Portugiesen an der Küste Mozambiques arabische Handelsstädte und gründeten neue Stützpunkte für ihre Handelsfahrten nach Ostasien.Es gelang ihnen auf Grund ihrer militärischen Überlegenheit die Handelsmonopole der Araber zu brechen und deren Einflußbereich auf das Innere des Landes zu beschränken.Im Sklavenhandel konkurrierten Araber und Portugiesen noch bis zum Ende des letzten Jahrhunderts,als die Sklaverei bereits offiziell aufgehoben worden war.Durch die Einführung des kapitalistischen Plantagensystems in den französischen Kolonien vor der Ostküste Afrikas stieg der Bedarf an Sklaven sprunghaft und machte den Sklavenhandel wieder zu einem lukrativen Geschäft.Ganze Landstriche im Norden Mozambiques wurden bei den Menschenjagden entvölkert. Dennoch nahm der Sklavenhandel nicht die Ausmaße an wie in Angola und an der westafrikanischen Küste in den vorhergehendan Jahrhunderten.

Ende des 16.,Anfang des 17.Jahrhunderts versuchten die Portugiesen ins Innere des Landes vorzudringen.Einzelne Händler und Soldaten ließen sich entlang der Flüsse,besonders im Sambesital,als Prazeros nieder.Riesige Landstriche und die darauf lebenden Menschen wurden beschlagnahmtund die Bewohner gezwungen,als Sklaven die Plantagen der Weißen anzulegen und zu bewirtschaften. Dieses Ausbeutungssystem war besonders brutal,weil die Plantagenbesitzer die Arbeitskräfte gratis bekamen und jeder Zeit Nachschub erhalten konnten und sie deshalb verschwenderisch mit den Menschen umgingen.Zahlenmäßig spielten die weißen Siedler im Innern des Landes keine Rolle.In der Tete-Provinz gab es in der Zeit bis zur Vertreibung am Ende des 18,Jahrhunderts etwa 4o weiße Siedler und deren afrikanische Frauen und Kinder.Aus Mangel an weißen Frauen lebten die Europäer mit afrikanischen Frauen zusammen,deren status aber nicht viel besser war als der der Sklaven.Die Kinder aus diesen Verbindungennahmen eine Zwischenstellung zwischen Afrikanern und Weißen ein.Die Mädchen wurden mit Weißen verheirstet und ihre Kinder waren dann auch erbberechtigt.Die Jungen bekamen Aufseherposten.Aus dieser Tatsach Sache leiten die Portugiesen ihre Ideologie der Rassenintegration in den portugiesischen Kolonien ab.Die kleine Zahl der Weißen konnte ihre Herrschaft behaupten durch geschicktes Gegeneinanderausspielen der verschiedenen Häuptlingsinteressen.Gegen Ende des 18.Jahrhunderts wurden die Europäer allerdings von den Afrikanern und Arabern an die Küste zurückgedrängt.Das Prazo-System blieb an der Küste bestehen.
Auf der Berliner Konferenz 1884/5 bei der Verteilung Afrikas unter die Großmächte konnte Portugal seine Kolonialgebiete durch die Unterstützung Englands behaupten.Die Großmächte hatten ein Interesse daran,strategisch wichtige Gebiete "neutral"zu halten,d.h.nicht von einer konkurrierenden Großmacht besetzen zu lassen,so daß der Zugang für alle gesichert war.Für die englischen Kolonien in Zentralafrika war und ist Mozambique ein wichtiges Transitland zum Meer.Deshalb wurde an Portugal die Bedingung gestellt,freien Durchgang zum Meer und Benutzung der Häfen zu garantieren.In dieser Zeit wurden die Eisenbahnlinien gebaut,die Benguela-Bahn quer über den afri-

kanischen Kontinent von Angola nach Mozambique, alle großen Bergbaugebiete passierend. Die anderen Eisenbahnlinien wurden von den privaten Bergbaugesellschaften selbst direkt von den Gold-, Kupfer- und Kohlegrubengebieten bis zu den Ausfuhrhäfen angelegt. Die Linien beschreiben jeweils die kürzeste Strecke und haben keine Verbindung untereinander.
Das sklavenhalterische prazo-System wurde von den Großmächten auf der Konferenz verboten, da diese für den aufkommenden Bergbau in den umliegenden Kolonien freie Lohnarbeiter brauchten.
Die Portugiesen waren sich ihrer unsicheren Lage und der von den Großmächtenbeabsichtigten Abhängigkeit bewußt und versuchten durch militärische Abriegelung und Erschließung des Landes und Sperren für ausländisches Kapital allzu massiven Einfluß zu verhindern. Durch diese Maßnahmen wurden kleine Unternehmer abgewehrt, nicht aber die internationalen Aktiengesellschaften, die überall im Süden Afrikas investierten.
Anstelle des prazo-Systems wurde ein neues Ausbeutungsschema eingeführt in Anlehnung an die von Cecil Rhodes gegründete South African Chartered Company. Die Kolonialregierung gab ihre Aufgaben und Privilegien: Administration, Steuereinziehung, Rekrutierung von Arbeitskräften und Polizisten, Vergabe von Prospektionsrechten und Rechtsprechung an kommerzielle Gesellschaften ab, die dafür eine Pauschalsumme an die portugiesische Regierung abführte. Der größte Teil des Aktienkapitals wurde für militärische Zwecke verwandt.

1910 wurde Mozambique von drei großen Konzessionsgesellschaften beherrscht:

- der Mozambique Company, die das gesamte Terretorium der Provinz Manica e Sofala beanspruchte. Getragen wurde sie von britischem und französischem Kapital. Anteilseigner waren u.a. die South Africa Chartered Company, der Duke of Marlborough und Baron d'Erlanger. Von 1911-14 unternahm die Gesellschaft eine großangelegte geologische Untersuchung des Konzessionsgebietes. Durchgeführt wurde sie vom Imperial Institute of the United Kingdom in London.
- der Nyassa Company, die das Gebiet der Provinz Nyassa beanspruchte und hauptsächlich von britischem Kapital, außerdem von deutschem und französischem Kapital getragen wurde.
- der Ibo Syndicate, die über ein kleineres Gebiet verfügte und weniger Rechte hatte. Sie war ebenfalls zum größten Teil britisch.

Die wichtigste Einnahmequelle dieser Gesellschaften war die Kopfsteuer der Eingeborenen. Diese Steuern mußten in Geld, nicht in Naturalien wie in den traditionellen Gesllschaften, bezahlt werden. Dadurch wurden die Afrikaner gezwungen, entweder als Lohnarbeiter bei Weißen oder durch Verkauf eigener Agrarprodukte, Geld zu verdienen. Der Anbau von Produkten zum Verkauf wurde von den Gesellschaften und vom Staat weitgehend eingeschränkt, da Arbeiter für die Plantagen, nicht unabhängige Kleinbauern gebraucht wurden, oder der private Anbau wurde in ein neues Ausbeutungsschema integriert wie der Zwanganbau von Baumwolle.

Parallel zum Agrarkapitalismus in Mozambique entwickelte sich in den benachbarten englischem Kolonien die Bergbauindustrie: Goldminen in Südafrika, Kupferminen in Rhodesien.
Außer durch die Kapitalverflechtungen und die fremden Verkehrswege im Land wurde Mozambique auch durch die Rekrutierung von Arbeitskräften für den entstehenden Bergbau an die Kolonial-

mächte der umliegenden Staaten gebunden.Zwischen der portugiesischen Regierung und zuerst der Regierung von Transvaal,später der der Südafrikanischen Union,wurden Verträge "bezüglich der Eingeborenen,der Eisenbahnen,des Handels und der Zölle"abgeschlossen,in denJahren 1897,19o1,19o9,1928,1934,1936,194o.Sie haben bis heute Gültigkeit,abgesehen von leichten Modifikationen der Prozentzahlen.Darin wurde festgelegt,daß die Witwatersrand Native Labour Association -die südafrikanische Assoziation zurAnwerbung von Minenarbeitern - das Recht habe,minimal 65 ooo maximal 1oo ooo afrikanische Bauern aus Mozambique als Grubenarbeiter in den südafrikanischen Minen anzuwerben.Pro Kopf der rekrutierten Arbeiter erhält die portugiesische Regierung ca 25 DM.Außerdem wird die Hälfte des Arbeitslohnes an die portugiesische Regierung ausgezahlt.Die Aarbeiter erhalten ihren vollen Lohn erst nach ihrer Rückehr nach Mozambique und nachdem die Steuern abgezogen wurden.Die Einnahmen aus dem Verkauf der Arbeitskräfte machen etwa 2 % des Staatseinkommens von Mozambique aus.Als Gegenleistung für die Versorgung mit Arbeitskräften verpflichtet sich die südafrikanische Regierung,ca.5o% ihres gesamten Exports über mozambiquanische Häfen abzuwickeln. Die Gebühren für die Benutzung der Eisenbahnen und der Häfen sind eine wichtige Einnahmequelle des Staates.Insgesamt bilden sie und die Einnahmen für die Wanderarbeiter nach Südafrika 5o % des Staatsbudgets.Die Abhängigkeit von diesen Einnahmen erklärt,warum auch in den neuesten Entwicklungsplänen für Mozambique der Ausbau des Verkehrsnetzes und der Häfen mit an erster Stelle steht.

Die offizielle Höchstzahl von 1oo ooo mozambiquanischen Minenarbeitern inSüdafrika ist sehr viel zu niedrig.Zeitweilig sind bei Erhebungen dreimal soviel festgestellt worden.Sie kommen illegal,allerdings mit aktiver Unterstützung der südafrikanischen Native Labour Association,die eigens ausgebildete Anwerber nach Mozambique schickt.Offiziell dürfen sie nur im Süden Mozambiques bis zum 22.Breitengrad rekrutieren.In der Mitte der 5oger Jahre stammten 3/4 aller Grubenarbeiter in Südafrika aus Mozambique.Sie werden von den Minenverwaltungen bevorzugt genommen,da sie im Gegensatz zu den Wanderarbeitern aus Botswana, Lesotho und Swaziland,die den Rest der Arbeiter stellen,Kontrakte über 2 Jahre,bzw.seit den 2oger Jahren über 18 Monate,eingehen und auch einhalten.Auf Grund der traditionellen Arbeitsteilung in ihren Gesellschaften,bei der die Frauen den größten Teil der Feldarbeit leisten,ist es für die Männer möglich,längere Zeit von zu Haus fort zu sein,ohne daß die zurückgebliebenen verhungern.Das gilt allerdings nur für günstige Jahre,bei Mißernten entstehen große Hungersnöte.Ein anderer Grund für ihre Beliebtheit bei den Arbeitsgebern ist die Tatsache,daß sie keine Kosten für soziale Leistungen verursachen.Es gibt für sie weder eine Krankenversicherung noch eine Altersversorgung,wie sie,zwar rudimentär und völlig ungenügend für südafrikanische Arbeiter besteht.

An der Unmenschlichkeit der Arbeitsbedingungen in den Gruben hat sich seit der Pionierphase kaum etwas geändert,allerdings wird heute nichts über die Zahl der Opfer veröffentlicht. Die offizielle Statistik gibt für die Zeit vor 19o2 81 166 Tote in den Gruben an,für die Zeit von 19o2-14 43 484 Tote.Dabei wurden nur die gezählt,die tot am Arbeitsplatz umfielen,nicht die Menge der Arbeiter,die nach ihrer Rückehr aus Erschöpfung starben.

Außer nach Südafrika liefert Mozambique auch Arbeitskräfte nach Rhodesien in die Kupferminen.Die Offizielle Zahl lautet 4o ooo.

Infolge der starken Abwanderung in die Bergbaugebiete der umliegenden Länder wurden die Arbeitskräfte auf den Plantagen in Mozambique knapp.Als selbst die Erhöhung der Kopfsteuer die Afrikaner nicht veranlasste,in genügender Zahl Lohnarbeiter zu werden,führte die portugiesische Regierung 1899 das Zwangsarbeitssystem ein,um den Bedarf an Arbeitskräften für die Weißen zu decken.Die portugiesische Regierung geht davon aus,daß alle Afrikaner arbeitslos sind,solange sie nicht bewiesen haben,daß sie pro Jahr 6 Monate Lohnarbeit bei privaten oder staatlichen Unternehmen abgeleistet haben,oder im Besitz von 5o Stück Vieh sind. Können sie das nicht,werden sie beliebig in irgendwelchen Teilen des Landes für öffentliche oder private Arbeiten eingesetzt gegen Bezahlung eines Minimallohnes.Der Besitz von 5o Stück Vieh ist unter den bestehenden Besitzverhältnissen für Afrikaner faktisch kaum möglich.Seit 1691 ist der Einsatz von Zwangsarbeitern offiziell nicht mehr erlaubt,wird in der Praxis aber noch durchgeführt.Das Recht der Rekrutierung liegt in der Hand untergeordneter Verwaltungsbeamter,die so niedrig bezahlt werden,daß sie leicht korrumpierbar sind.
Von den Portugiesen wird der Arbeitskräftemangel interpretiert als Arbeitsscheu und Faulheit der Eingeborenen.Demzufolge wird die Zwangsarbeit als Erziehungsmaßnahme deklariert.Die letzten Erlässe gegen die "Faulheit der Eingeborenen"wurden 1942 un 47 verabschiedet.
Auf Grund der Wanderarbeit,derZwangsarbeit und der "freiwilligen" Lohnarbeit sind ständig über 5o% der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung von zu Hause abwesend.Die Afrikaner sind also auf Grund ihrer objektiven Situation gar nicht in der Lage,als selbstständige Bauern für den Verkauf zu produzieren.Das wird ihnen von der portugiesischen Regierung als Mangel an Intelligenz und Initiative ausgelegt.Aufder anderen Seite werden alle Versuche zur Gründung von Genossenschaften in dem Augenblick von offizieller Seite unterdrückt,wo eine wirtschaftliche Emanzipation befürchtet wird.

Nach dem ersten Weltkrieg erhöhte sich die Zahl der weißen Einwanderer.Vor allem kamen Deutsche aus den ehemaligen deutschen Kolonien Tanganjika und Südwestafrika und ließen sich als Pflanzer nieder.
In dieser Zeit sind die Weißen in Mozambique zum großen Teil Unternehmer,Händler und Verwaltungsbeamte.Die Besitzer der großen Plantagen leben meist in den Städten oder in Europa.
Das Regime Salazar versuchte eine systematische Besiedlung der afrikanischen Kolonien .Seit dem Ende des 2.Weltkrieges erhöhte sich die Zahl der Weißen in Mozambique von 18 ooo auf 8o ooo.
Die neuen Immigranten waren vor allem Landarbeiter und arme Bauern aus Portugal,die der Arbeitslosigkeit und Verelendung im Mutterland entgehen wollten.Die Absicht derportugiesischen Regierung ist:"...wir wollen,das ist sicher,daß sich die größtmögliche Zahl von weißen Familien aus der Metrópole im Limpopo-Tal ansiedelt,verwachsen mit der Erde,Besitzer des Bodens,den sie bearbeiten..."(Ansprache zur Einweihung des Staudammes des Colonato do Limpopo)Die Gebiete in Afrika sollen zu Siedlungskolonienwerden,die Weißen sollen "Heimatrecht"erwerben und das Land gegan die Afrikaner verteidigen.Zu diesem Zweck wurden mit großem finanziellen Aufwand Colonatos in neukultivierten Gebieten angelegt.Das sind kleinere Siedlungsprojekte von der Art,die in größerem Maßstab für das durch den Cabora-Bassa-Staudamm zu kultivierende Land geplant sind.Gemäß der portugiesischen Propagandа von der Rassenintegration sollen die Siedlungen von Weißen und Schwarzen bewohnt werden.Allerdings erhalten die Weißen und Assimilados(europäisierte Afrikaner) doppelt so viel Land zuge-

wiesen wie die Afrikaner und im Gegensatz zu diesen fertige Häuser undKredite zur Anschaffung von Geräten und Maschinen.In einem der beiden bestehenden Colonatos hat sich bereits die Klasse der weißenKapitalisten,die schwarze Lohnarbeiter beschäftigen,herausgebildet.
Ohne diese kleinen und mittleren Bauernhöfe der Colonatos,gab es 1960 2940 landwirtschaftliche Betriebe von europäischen und asiatischen Siedlern,die ein Gebiet von 4 Millionen Morgen bedeckten,davon sind 830 750 Morgen bebaut.Die Afrikaner,die 97% der Bevölkerung ausmachen,bewirtschaften ein Gebiet von 7Millionen Morgen.Auf jede Familie entfallen etwa 2,5-9 Morgen.
60% der agrarischen Exportprodukte werden auf Großplantagen weißer Siedler angebaut.
Die wichtigsten Exportgüter sind Baumwolle,Caju-Nüsse,Zucker,Tee, Sisal und Kopra.
Baumwolle wird im Zwananbausystem produziert,d.h.,die afrikanischen Bauern werden gezwungen,1,25 ha ihres knappen Landes mit Baumwolle zu bepflanzen.Die Ernte wird zu festgesetzten Preisen unter Marktniveau von großen Konzessionsgesellschaften,die mit staatlichen Stellen zusammenarbeiten,abgekauft.Bei Mißernten gehen die Bauern leer aus und können sich nicht ihren notwendigen Lebensunterhalt beschaffen,da sie auf dem ihnen verbliebenen Land nicht genügend Lebensmittel produzieren können.Sabotage der Baumwollernte wird blutig bestraft.
Der Zuckeranbau ist Monopol von drei großen Gesellschaften,seit 1963 gibt es eine vierte.

- Sena Sugar Estate Ltd,mit einem Besitz von 50 000 Morgen Land,getragen von englischem Kapital.Der Hauptsitz der Gesellschaft ist in London.
- Zwei portugiesische Gesellschaften
  Companhia Colonial do Buzi,im Besitz von 96 000 Morgen Land.
  Sociedade Agricola de Incomati
  Die neue Gesellschft ist die
  Marracuene Agricola Acucaceira.

Die Companhia da Zambezi,ein staatlicher Betrieb,ist die größte Plantage Mozambiques.Dort werden Kokospalmen und Tee angebaut.
Die Agrarstruktur Mozambiques ist fast nur auf Rohstoffproduktion und damit auf Export eingestellt.Wichtige Lebensmittel wie Getreide Milch,Fische,Öl und Weine werden aus Portugal eingeführt.Sie dienen allerdings hauptsächlich zur Versorgung der weißen Bevölkerung.Die Lebensmittelimporte aus Portugal machen 10,5% des Imports aus.

Der Anteil agrarischer Produkte am Export beträgt 80%. Am Bruttosozialprodukt des Landes ist die Agrarproduktion nur mit 23,4% beteiligt.
Die verschiedenen Sektoren sind am Bruttosozialprodukt folgendermaßen vertreten:
25% des BSP entfallen auf die Produktion von Rohstoffen,davon 1,6% auf mineralische Rohstoffe.Dieser Prozentsatz wird sich wesentlich erhöhen,wenn wie geplant die Ausbeutungder reichen Rohstoffquellen:Kohle,Eisenerz,Asbeste,Bauxite, Gold,Uran und Silber,durch die internationalenFirmen stattfindet.
10% des BSP entfallen auf die verarbeitende Industrie:1961 gab es insgesamt 1462 Betriebe,die 68 000 Arbeiter beschäftigten. Es handelt sich dabei vor allem um Nahrungsmittel und Veredelungsbetriebe für die agrarischen Rohprodukte.Diese Fabriken gehören teileise den Großplantagen.Andere wichtige Betriebe gehören den portugiesischen Konzernen CUF und der Champallimaud Gruppe.Sonst gibt es noch einige südafrikanische Unternehmen.

65% des BSP entfallen auf den Dienstleistungssektor. Im Verkehr- und Nachrichtenwesen sind 16 ooo Menschen angestellt, in Bauwirtschaft-und Versorgungsbetrieben 19 3ooo. Für persönliche Dienstleistungen stehen 15o ooo Afrikaner zu Verfügung.
Der große Anteil am Dienstleistungssektor ist gewöhnlich charakteristisch für hochindustrialisierte Gesellschaften. In diesem Fall weist er jedoch hin auf die starke Abhängigkeit der Wirtschaft Mozambiques von den umliegenden Staaten, in bezug auf Verkehr-und Transportwesen. Das große Heer der Dienstboten macht den parasitären Charakter der weißen Kolonialherren sehr deutlich.

Eine von außen her aufgepfropfte Industrialisierung, wie sie durch das Cabora Bassa Projekt in Gang gesetzt werden soll, kann allenfalls eine scheinbare Wirtschaftsblüte bewirken, nicht aber die internationalen Abhängigkeitsverhältnisse lösen, sondern im Gegenteil verschärfen.

STRATEGISCHE BEDEUTUNG DER KOLONIEN FÜR DIE INDUSTRIESTAATEN (NATO)

Portugal wurde 1949 auf Antrag der USA in die Nato aufgenommen; trat dem Militärbündnis allerdings nur mit halbherziger Begeisterung bei, da es seine sicherheitspolitischen Vorstellungen (Einbezug der Kolonien in die Nato) nicht durchsetzen konnte: die Südgrenze des Natogebietes wurde auf den Wendekreis des Krebses festgelegt.
Mit dem Einsetzen der Befreiungskämpfe in den sogenannten überseeischen Provinzen Portugals änderte es seine zurückhaltende Position der Nato gegenüber. Der drohende Verlust der Kolonien führte zum massiven Einsatz der Streitkräfte, Gebrauch der nur für den Natobereich gelieferten Waffen und zum Teilabzug der der Nato unterstellten Divisionen.
Proteste anderer Nato-Staaten beantwortete Portugal mit Hinweisen auf den Präzedenzfall Frankreich-Algerien, mit Austrittsdrohungen aus dem Pakt und endlich mit einer Aufrechnung der Vorteile, die der Nato aus der Mitgliedsschaft Portugals erwuchsen:

1. Das europäische Gebiet mit den besten Verbindungen zur USA
2. Den freien und uneingeschränkten Gebrauch der Basen auf den Azoren
3. Madeira und die Kapverdischen Inseln als Nachschubstationen
4. Eine Schlüsselposition am Mittelmeer mit der Marinebasen Lagos und den Luftwaffenstützpunkten Espinho und Montijo
5. Die Garantie für ein elektronisches und meteorologisches Verbindungsnetz, ohne das im Seekrieg der Seeverkehr und der Kampf gegen U-Boote unmöglich ist
6. Große Reserven von strategisch wichtigen Mineralien in den Kolonien und den leichten Zugang zu diesen Produkten aus Schwarzafrika

Die strategische Bedeutung Portugals war zu gravierend und führte zu Verhandlungen mit der Nato: Portugal blieb im Bündnis; zudem war es mehr und mehr auf die militärische Unterstützung der Nato-Partner angewiesen.

Mit der Eskalation seines Kolonialkrieges rückten "Landesverteidigung und der Schutz der territorialen Einheit der Nation" an die 1. Stelle des Staatsbudgets. Der Wehrdienst wurde von 1 1/2 auf 4 Jahre verlängert. Nach Berechnungen der UN betrugen die Militärausgaben des jährlichen Staatshaushaltes 1965: 51%, 1966:49,8%, 1967:51,5%. Nimmt man die militärisch notwendigen Infrastrukturmaßnahmen wie Straßen- und Flugplatzbau dazu, dann liegen die Kriegsausgaben noch weitaus höher. Auch hier ist Portugal auf die Hilfe anderer Nato-Länder angewiesen. Ministerpräsident Caetano (Financial Times vom 28.11.68): "Die gesamten militärischen Anstrengungen wurden und werden auch weiter aus unseren normalen Einkünften bestritten. Früher wurden sie zum größten Teil für Entwicklungsausgaben verwandt. Heute müssen wir viele dieser Ausgaben mit Geld bezahlen, das wir geliehen haben."

Der UN-Bericht vom 19.3.69 kommt allerdings zu dem Schluß, daß in Wirklichkeit die ausländischen Anleihen zur Finanzierung der Militärausgaben dienen. Bei den Anleihen und bei Waffenlieferungen an Portugal tuen sich die USA und die BRD besonders hervor, wahrscheinlich ist Westdeutschland außer den USA das einzige Land, das gratis Militärhilfe an Portugal gibt, diese soll sich durchschnittlich auf 10 - 12 Mill. DM pro Jahr belaufen. Nach Aussage des Verteidigungsausschusses hat die BRD ca. 200 Kampfflugzeuge und anderes Militärmaterial an Portugal geliefert. Gleichzeitig werden in deutschen Lazaretten portugiesische Militärs behandelt, die in den Kolonialkriegen verwundet wurden.

Neben der BRD und den USA sind es namentlich England und Frankreich, die zu den Waffenlieferanten gehören. Beide Staaten verfügen über Stützpunkte auf den Azoren.

Nur mit der Unterstützung der Natostaaten ist es Portugal überhaupt möglich seinen kolonialkrieg im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten. Nach Aussagen von Simango, einem der Führer der FRELIMO, würde es seiner Organisation gelingen, binnen 3 - 4 Jahren Mozambique zu befreien, vorausgesetzt, die Natostaaten würden ihre Hilfeleistungen einstellen.

Die verzweifelten Anstrengungen Portugals seine Kolonien zu erhalten, werden aus dem zahlenmäßigen Einsatz und Abzug aus dem Mutterland klarer. Nach offiziellen Schätzungen sind z.B. von dem 150 000 Mann starkem Heer nur rund 10 000 im Heimatland verblieben. 1969 wurde der gesamte personelle Einsatz in Afrika von der Zeitung The Economist mit etwa 250 000 angegeben. Dem stehen (1969) etwa nur 25000 Guerillas gegenüber.

In Mozambique allein schätzt man 11 000 Freiheitskämpfer denen etwa 60 000 in Portugal und 40 000 in Mozambique rekrutierten Soldaten entgegengeworfen werden.

In der Provinz Tete sind zudem 2 südafrikanische Bataillone eingesetzt um die Investitionen am Cabora Bassa zu schützen.

Die Kolonien als Interessengebiet der Südafrikanischen Republik

Um der drohenden Isolation zu entgehen, die es sich durch die Politik der Apartheid, den Austritt aus dem Commonwealth und der ihr eigenen burischen Wagenburg-Mentalität eingehandelt hatte, versucht die SAR eine Öffnung ihrer Politik nach außen. Ein Hauptaspekt der Strategie ist Alliierte und politischen Einfluß - bei vorherrschender weißer Dominanz - im südlichen Afrika zu gewinnen. Die traditionellen und natürlichen Verbündeten sind Rhodesien und Portugal. Intensive politische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit - trotz fehlender Verträge ("gute Nachbarn brauchen keine formalen Vereinbarungen") -

hat sich in den letzten Jahren entwickelt. Durch den Wirtschaftsboykott Englands hat sich Rhodesien noch mehr an Südafrika angeschlossen, es ist nachgerade eine wirtschaftliche Kolonie der SAR geworden. Auch die Kolonien Portugals geraten immermehr in den Einflußbereich ihres südlichen Nachbarn und bekommen den Status eines Pufferstaates für das faschistische Apartheid-System.
Vorster: "Er möchte England daran erinnern, daß sich die SAR niemals aus dem südlichen Afrika zurückziehen würde, so wie es die vormalige Kolonialmacht getan habe."
Auch die schwarzafrikanischen Staaten im südlichen Afrika werden von der wirtschaftlich prädominanten SAR in Abhängigkeit gehalten. Die ehemalig britischen Protektorate Botswana, Lesotho und Swaziland, Enklaven im "weißen" südlichen Afrika und selbst Malawi müssen sich aus Selbsterhaltungstrieb der SAR-Hegemonie unterwerfen.

Die politischen und militärischen Ambitionen Südafrikas lassen sich an den Ausgabensteigerungen der Verteidigung leicht feststellen:

(Ausgaben in Mill. Rand, 1 Rand = 5,50 DM)
1960-61 = 44
61-62 = 72
62-63 = 129
63-64 = 157
64-65 = 210
65-66 = 229
66-67 = 255 (Aus: Estimate of Expenditure)

1968 wurde das militärische Rekordbudget von 271,6 Mill. Rand festgelegt. Die Ankäufe von Waffen sollten gegenüber den vergangenen 12 Monaten verdoppelt werden. Verbunden damit ist ein militärischer 5-Jahresplan (insgesamt 1,647 Mrd. Rand) mit verstärktem Ausbau von Luftwaffe und Marine.
Seit 1960 ist die SAR-Militärmacht von Grund auf reorganisiert worden. Armee, Luftwaffe und Marine (stehende Streitkräfte) sind von 1961 bis 1967 von 7700 auf 17200 gewachsen. Die vergleichsweise geringen Zahlen der personellen Stärke erklären sich damit, daß das südafrikanische Militär ausschließlich weiße Soldaten beschäftigt (Anteil der Weißen an der Gesamtbevölkerung: 19%), die Zahlenangaben Berufssoldaten betreffen und kein Hinweis auf die sehr starken Polizeikräfte und die Wehrpflichtigen gegeben sind.
Südafrika erhält von England keine Waffen, stellt Munition, Bomben, Sprengstoff und leichte Waffen selber her, die in Fabriken mit starker englischer Beteiligung gefertigt werden. Die Rolle des Hauptlieferanten an schweren Waffen hat Frankreich übernaommen, das nach südafrikanischen Vorstellungen den Bereich des indischen Ozeans, nach dem geplanten Rückzug der Engländer östlich von Suez, machtpolitisch ausfüllen soll.
Seit der Schließung des Suezkanals ist die strategische Bedeutung der SAR stark gewachsen. Das Land fühlt sich als "Wächter am Kap" und "Bollwerk gegen den Kommunismus". Seiner strategischen Position gemäß versucht es den Aufbau eines südlichen Pendants zur Nato, die SATO. Als zukünftige Bündnispartner sieht man Australien/Neuseeland auf der einen Seite und Argentinien und Brasilien auf der anderen an. Rhodesien und namentlich Portugal, das seine Kolonien endlich bündnißmäßig abgesichert haben möchte kommen als selbstverständliche Partner in Betracht. Übrigens erfreut sich Portugal guter Beziehungen zu seiner ehemaligen Kolonie Brasilien wie die militärische Zusammenarbeit SAR-Argentinien bislang in gemeinsamen Marine-Manövern gipfelte.
Mit der Ausweitung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der SAR wird sich die Regierung nicht scheuen in Nachbarländern zu intervenierne um seine Investitionen zu verteidigen. Die Befreiungsbewegun-

gen und deren Bekämpfung sind ein ideales Übungsgebiet der mit Napalm, Raketen und Giftgasen ausgestatteten Armee (Zusammenarbeit auf dem nuklearen Sektor soll mit Israel und Portugal bestehen).
Vorster: "Wir sind bereit Terroristen überall dort zu bekämpfen, wo man uns das erlaubt."
So sind in Rhodesien 2700 südafrikanische Soldaten zur Guerillabekämpfung eingesetzt und Luftwaffeneinheiten aus beiden Ländern aufgestellt worden.
Für Befreiungsbewegungen bleiben nur Tansania und Zambia bedeutend. Botswana fühlt sich durch SAR-Interventionen bedroht, Guerillas werden dort wegen bewaffneter Grenzüberschreitungen verurteilt (3-4 Jahre), meist aber nach ca. 12 Monaten nach Zambia abgeschoben. Zambia selber darf innerhalb von 7 Tagen (offiziell ganz verboten) von Guerillas durchwandert werden - unter Zusicherung der Nichtbeachtung. Die Anwesenheit weißer Polizeioffiziere rechtfertigen wie auch in Botswana den Verratsverdacht.
Zambias Präsident befürchtet allerdings Vergeltungsaktionen. Er hält SAR-Kommandos für den Anschlag auf die Luangwa-Brücke verantwortlich, durch den die"große östliche Verbindung" unterbrochen wurde. Zudem bezieht Zambia seinen Strom vom rhodesischen Kariba-Staudamm.

Quellen:
Deutsches Afrika-Forum, Juni 1969 - Schwarzenbach: Südafrika, Stein des Anstoßes - South Africa's Defence Strategy - The Economist: War in Southern Africa, May 1969 - Tageszeitungen

(Alle hier abgedruckten Artikel zum Cabora-Bassa-Projekt sind der Broschüre "Portugal in Afrika" entnommen, die die Ergebnisse eines Seminars der Trikont Hamburg Anfang Juni 1970 enthält.)

AUS DER ARBEIT DER FRANKFURTER GRUPPEN

Die zwei folgenden Artikel sind in der SAG als Beiträge zur Gewerkschaft-Strategie diskutiert worden. Der zweite Beitrag wurde kurz nach den Septemberstreiks verfaßt. Der erste ist als Kritik des Aufsatzes von Mosler im SC-Info 42/43 in der SAG zur Diskussion gestellt wordem. Die Gewerkschaft-Diskussion ist in der SAG nicht abgeschlossen. Die hier abgedruckten Beiträge drücken nur zwei verschiedene in der Gruppe vertretene Positionen aus.

KRITIK EINER GEWERKSCHAFTSSTRATEGIE- zu Moslers Artikel im Info 42/43.

Die im Artikel vorgeschlagene Gewerkschaftsstrategie beruht auf einer wichtigen Voraussetzung: der ökonomische Kampf ist gewerkschaftlicher Kampf und muß organisatorisch getrennt vom politischen Kampf geführt werden.(Obwohl Mosler zugibt, daß es eine Beziehung zwischen beiden gibt, bemüht er sich nicht, genau auszuführen, wie dieses Verhältnis aussieht). Die strategische Folgerung daraus ist, daß die Gewerkschaften dann kritisiert werden, wenn sie in die Hose machen und dann unterstützt werden, wenn sie auf den Kopf der Kapitalisten machen.

Daraus ergeben sich 2 Fragestellungen:

1) Kämpferische Gewerkschaften sollen unterstützt werden. Aber man muß genauer fragen: Welche Gewerkschaften? Auf S.16 heißt es: keine roten Gewerkschaften. Warum eigentlich nicht? Wenn man die Trennung von Ökonomie und Politik nicht akzeptiert, dann lehnt man rote Gewerkschaften ab, weil man glaubt, daß die Trennung von Politik und Ökonomie an sich falsch ist und eine wesentliche Rolle in den Niederlagen der Arbeiterklasse gespielt hat. Rote Gewerkschaften erscheinen dann als falsche Strategie, weil Gewerkschaften überhaupt die falsche Strategie sind. Wenn man aber die Trennung akzeptiert, dann ist schwer einzusehen, warum man dann keine rote Gewerkschaften will. Muss es Gewerkschaften geben, dann kann man sie rot oder schwarz wollen. Da Mosler laut Artikel keine rote will, und man ihm nicht unterstellen kann, die jetzige schwarze zu wollen, kann man die Strategie nur so verstehen, daß die jetzige schwarze in eine rote oder rosarote Gewerkschaft verwandelt werden soll. Ob ein solches Unternehmen nicht noch hoffnungsloser als eine rote Gewerkschaftsstrategie ist, ist eine Frage, die nicht unbeantwortet bleiben sollte.

2) Im Artikel heisst es: Unterstützung der Gewerkschaften dann, wenn sie auf den Kopf der Kapitalisten scheissen. Aber welche Kriterien kann man dafür angeben, ob sie das gerade tun oder gerade daneben machen, wenn man zwischen Ökonomie und Politik trennt? Ökonomische Kriterien?Das kann offensichtlich nicht gemeint sein, denn das würde sich darauf reduzieren, die Gewerkschaft anzugreifen wenn sie 5% und zu unterstützen wenn sie 15% fordert. Abgesehen von der Sinnlosigkeit, Prozentsätze als Kriterien nehmen zu wollen, wäre eine solche Politik auch opportunistisch weil sie auf eine klare politische Linie gegenüber der Arbeiterklasse verzichtet und sich auf situationsangepasste schwanzistische Schwankungen beschränkt.

Die beiden Fragen nach der roten Gewerkschaft und nach den Kriterien für eine Ablehnung oder Unterstützung der Politik der bestehenden Gewerkschaften können auf der Basis der Trennung von Politik und Ökonomie nicht beantwortet werden. Die Akzeptierung der Trennung bringt für die Praxis die Gefahr mit sich, die Entpolitisierung des ökonomischen Kampfes zu akzeptieren. Das aber ist die Grundlage jeder revisionistischen Strategie.

Ökonomie und Politik

Auf S, 16 des Artikels wird die Aufgabe von Sozialisten in bezug auf die Gewerkschaften definiert. Sie bestünden darin, den Arbeitern zu zeigen, " daß die Bürokraten das Prinzip der gewerkschaftlichen Solidarität immer wieder durchbrechen".Abgesehen von dem konkreten Mangel, die Aufgaben von Sozialisten so unpräzise zu formulieren(was ist gewerkschaftliche Solidarität?), impliziert das, das es Aufgabe von Sozialisten sei immer wieder die alte moralische Scheiße von dem Bürokraten, die das Prinzip verletzen aufzuwärmen und die bösen Bürokraten anzugreifen, ohne zu sehen, daß die Bürokratie notwendige Konsequenz gewerk-

schaftlicher Organisation ist, weil gewerkschaftliche Organisation der Ausdruck der Trennung von Politik und Ökonomie ist. Hat es überhaupt einen Sinn gegen Bürokraten zu kämpfen, wenn man nicht gegen die Organisationsformen kämpft, die sie produziert haben?

Ich will mich hier auf 2 Aspekte beschränken: 1) System der Lohnarbeit. 2) Verhältnis Gewerkschaft- Staat.

zu 1) Die Gewerkschaften als solche(nicht nur die Bürokraten), basieren auf dem Prinzip der Lohnarbeit. Ist dies einmal akzeptiert, dann verhandeln die Gewerkschaften über die Höhe des Preises der Ware Arbeitskraft. Dagegen wäre insoweit nichts einzuwenden, da sich die Arbeiterklasse dadurch gegen die schlimmsten Folgen des kapitalistischen Systems zur Wehr zu setzen versucht. Auch Marx hat diese defensive Taktik des Proletariats gesehen und gegen Leute wie Watson verteidigt. Das Lohnsystem hat aber seit Marxens Zeiten immer stärker eine zweite Dimension angenommen: der Lohn wird immer mehr zum Instrument politischer Kontrolle. Die Struktur des Lohnsystems verhindert die Entstehung von Klassenbewusstsein und Solidarität. Der Arbeiter wird als Einzelner in ein Syszem "rationaler" Arbeitsleistungsbewertung eingeordnet und dadurch vom seinen Kollegen getrennt und atomisiert. In dem Artikel wird auf S. 17 diese Atomisierung und die damit verbundemen Schwierigkeiten sozialistischer Politik sehr richtig beschrieben, aber es wird übersehen, daß die Gewerkschaften ihrem Wesen nach die Grundlage dieser Atomisierung sind. Die gewerkschaftliche Aufteilung der Arbeiterklasse nach Industriebranchen läßt eine Trennung des Bewusstseinshorizonts der Arbeiter der verschiedenen Branchen entstehen; die gewerkschaftliche Aufteilung nach Lohngruppen, nach Akkordsystemen, nach Arbeitsplatzbewertungssystemen ist nichts anderes als die kapitalistische Organisierung der Arbeiterklasse auf der Grundlage des Lohnsystems als Mittel der Zersplitterung und der Kontrolle. Das ist das wichtigste Hindernis für den Prozess der Bildung von Klassenbewusstsein.

Gewerkschaften, als Organisierung der Arbeiter auf der Basis des Lohnsystems enthalten daher von vornherein das politische Element der Kontrolle und Zersplitterung der Kämpfe, was sich mit kapitalistischen Strategien der Konfliktlösung deckt. Dieses bewusstseinshemmende Element wird in dem Artikel total übersehen, und es ist daher kein Wunder, daß Mosler sich gezwungen sieht, die Entpolitisierung der Arbeiterklasse mechanisch aus der Vollbeschäftigung und ideologisch aus dem Antikommunismus zu erklären(S.15). Ohne die Rolle dieser beiden Faktoren zu verkennen, ist es wichtig festzuhalten, daß die Entpolitisierung vor allem auch auf die kapitalistische Organisation der Arbeit im Rahmen des Lohnsystems zurückzuführen ist und daß Gewerkschaften und gewerkschaftliches Bewusstsein Ausdruck dieser Organisation sind. Auf der Basis von Moslers theoretischen Positionen ist es kein Wunder, daß er meint es sei nicht Aufgabe von Sozialisten, die Arbeiter von den Gewerkschaften fernzuhalten. Wenn das nur an die abstrakten Kanzelpredigten der Ex-FNL adressiert ist(" gewerkschaftsfreundliche Arbeiter verlaßt die verräterischen Gewerkschaften") und meint daß es abstrakt und sinnlos ist unpolitische Arbeiter von der Gewerkschaft fernhalten zu wollen, dann ist das ebenso richtig wie banal. Selbstverständlich müssen die Massen selbst und nicht in der Personifizierung der Ex-FNL Genossen lernen, aber langfristig ist festzuhalten: Jede Entwicklung revolutionären Bewusstseins muß den Prozess der Zerstörung der Gewerkschaften als kapitalistische Organisationen der Arbeit und der Konfliktlö-

sung durchmachen. Ohne die Zerstörung der Gewerkschaften und des gewerkschaftlichen Bewusstseins, das Bewusstseins also, das Mosler als erste Stufe des Klassenbewusstseins ansieht, ist keine Entwicklung eines revolutionären Proletariats möglich.

zu2) Mosler übersieht die Verflechtungen zwischen Staat und Gewerkschaften etwa in der Einkommenspolitik nicht und interpretiert diese richtig als Versuche der politischen Kontrolle der Lohnforderungen. Aber er zieht keine Folgerungen daraus für das Verhältnis von politischem und ökonomischem Kampf. Gerade weil die Gewerkschaften immer mehr zu einer Instanz des kapitalistischen Staates werden, ist ein solcher ökonomische Kampf, dessen Ziele den Rahmen des Lohnsystems sprengen, (Abschaffung der Lohngruppen, der Akkordsysteme, der Arbeitsplatzbewertung) tendenziell politisch, weil er direkt das Lohnsystem angreift und die staatlichen Strategien der Konfliktsteuerung durchbricht. Tendenziell sagen wir, denn es ist klar, daß solche Kämpfe nicht direkt neue Formen des Klassenbewusstseins überall hervorbringen, gerade weil mehr oder weniger starke Elemente des gewerkschaftlichen Bewusstseins noch vorhanden sind. Im Artikel heisst es: da diese Kämpfe nicht unmittelbar bewusst politischen Charakters sind (was niemand bestreiten würde) sin sie gewerkschaftlicher Natur und die politische Organisation fängt im nächsten Stadium als "Trasformation eines gewerkschaftlichen in ein revolutionäres politisches Klassenbewusstsein"(S.17) an. Dagegen: die ökonomischen Kämpfe können gerade deshalb nicht politisch werden, weil sie noch nicht stark genug waren, die Gewerkschaften als Organisation kaputtzuschlagen. Deshalb läßt sich nur schwerlich einsehen, wie man revolutionäres politisches Bewusstsein entwickeln kann, wenn man gleichzeitig gewerkschaftliches Bewusstsein als erstes Stadium akzeptiert. Revolutionäres politisches Bewusstsein kann nur aus der Sprengung aller gewerkschaftlichen Organisations- und Kampfformen hervorgehen. Politisches Bewusstsein entwickelt sich nicht über gewerkschaftliches Bewusstsein hinaus, es mißt sich gerade an seiner Fähigkeit, kapitalistische Formen der Arbeitsorganisation zu zerstören.

Der Artikel kritisiert zurecht die Strategie einiger Gruppen, revolutionäres Bewusstsein durch Kritik an den Bürokraten erzeugen zu wollen, ohne zu sehen, daß die Massen nicht revolutionär sind. Es ist aber nicht einzusehen, worin sich die Strategien unterscheiden. Genau wie diese Gruppen, übersieht Mosler, daß die Entpolitisierung der Massen nicht Produkt einzelner Bürokraten ist, sondern der gewerkschaftlichen Organisation als solcher. Es ist eine hoffnungslose Strategie Gewerkschaften ohne Apparate haben zu wollen. Denn die Schläge der Revolutionäre müssen sich nicht gegen die Bürokraten sondern gegen die Gewerkschaften als solche richten.

DIE SEPTEMBERSTREIKS UND DIE AUFGABEN DER REVOLUTIONÄREN LINKEN; Kritik an Lefevre und anderen.

Es ist kein Zufall, daß Lenins Schrift "Was tun" aus den Jahren 1901/2, nicht aber sein Aufsatz über den "Linken Radikalismus" von 1921 heute eine Renaissance innerhalb der immer noch vorwiegend studentischen revolutionären Linken in Westdeutschland erlebt. Lenin selbst hatte sich 1921 gegen eine Übersetzung von "Was Tun" gewandt, da er diese Schrift, die er für eine spezifische Situation der frühen russischen Arbeiterbewegung

geschrieben hatte, nicht mißbraucht sehen wollte. (Zu Max Levien sagte er, die Übersetzung müsse zumindest mit einem guten Kommentar veröffentlicht werden.) "Was tun" war geschrieben gegen eine starke Tendenz innerhalb der sozialdemokratischen Partei Rußlands, gegen die Ökonomisten. Die Ökonomisten betrieben eine reine Gewerkschaftspolitik und traten für eine Beschränkung auf ökonomische Tagesforderungen ein, obwohl die Arbeiter zu diesem Zeitpunkt selbst in Massenstreiks und Demonstrationen bereits tendentiell über diesen gewerkschaftlichen Tageskampf hinausgingen. In einer solchen Situation - so Le nins Argument - sei es die Aufgabe der Revolutionäre, in diese spontanen Kämpfe der Massen so einzugreifen, daß aus dem wirtschaftlichen Kampf gegen Regierung und Unternehmer ein bewußter revolutionärer Klassenkampf zum Sturz des alten Regimes werde.

Westdeutschland im Jahre 1969 ist nicht Rußland im Jahr 19oo. Aber genau diese banale Tatsache übersehen viele "Revolutionäre" geflissentlich. Sie mißbrauchen "Was tun" zur Rechtfertigung einer "ultralinken"Politik, wie sie von Lenin hart und beharrlich bekämpft worden ist. Mit Begriffen aus "Was tun", wie "handwerklerisch" oder "ökonomistisch" wurde in der ersten Phase einer betriebsorientierten Praxis jede Form der ökonomischen Agitation durch revolutionäre Gruppen abgelehnt. Lohnkämpfe der Arbeiter wurden als 'revisionistisch, reformistisch, sozialdemokratisch etc abgetan. Nur die direkte Konfrontation mit den Herrschaftsinstrumenten des Kapitalismus - im Betrieb in der Universität, auf der Strasse oder in Lehrlingsheimen, fanden Einlaß in die revolutionäre Strategie. Betriebliche Aktionen waren nach dieser Strategie nur dann sinnvoll, wenn sie sich gegen Autoritäts- und Herrschaftsstrukturen innerhalb der Betriebshierarchie wandten. Frankfurter Stadtteilbasisgruppen im Frühjahr 69 verzichteten aus genau den gleichen Gründen auf jede Betriebsagitation: man war offensichtlich noch nicht stark genug, den direkten"politischen"Angriff auf den kapitalistischen Betrieb zu führen und wandte sich vorläufig dem Freizeit und Konsumbereich, bzw dort entstehenden Konflikten zu.

Wie reagierten diejenigen, die seit Jahren den ökonomischen Kampf der Arbeiter abgeschrieben hatten, als im September 69 eine Welle von Lohnstreiks über die Ruhr, Saar und andere Industriezentren Westdeutschlands hinwegrollten?

Zunächst muß festgestellt werden, daß sie auf einer praktischen Ebene nicht reagieren konnten, weil die bisherige Isolation der studentischen revolutionären Linken von dem Kern der Arbeiterklasse (dh von den Über-2o-Jährigen Arbeitern und Angestellten der Großbetriebe) nicht von heute auf morgen zu überwinden war. Die vergleichsweise große Bedeutung von DKP-Kadern für den Verlauf zumindest einiger Streiks beleuchtet blitzlichtartig die Hauptschwäche der revolutionären Linken: die fehlende Verankerung in der Arbeiterklasse. Die SDS-Gruppen standen vor den Toren, die DKP konnte vom Werksgelände aus agieren.

Dieser Mangel an Verankerung ist nicht nur auf das zarte Alter der neuen revolutionären Linken zurückzuführen. Die theoretischen Interpretationsversuche dieser Linken über die Lohnkämpfe vom September zeigen deutlich, daß es eher gewisse Kinderkrankheiten sind, die, wenn sie nicht entschieden bekämpft werden, auch in Zukunft den Durchbruch zu den bewußteren Teilen der Arbeiterklasse in Frage stellen.

Auf der falschen, sektiererischen Einschätzung gewerkschaftlicher, dh ökonomischer Kämpfe wird grundsätzlich auch in der Interpretation der Septemberstreiks festgehalten. Die Forderung der Arbeiter nach höherem Lohn, ihr Kampf um ökonomische Verbesserungen wird weiterhin als "sozialdemokratisch" oder "trade-unionistisch" (1) abgetan. Gleichsam durch einen Trick entziehen sich

diese "Revolutionäre" - konfrontiert mit dem trade-unionistischen Kampf - einer radikalen Selbstkritik: interprtierte man bisher ökonomische Kämpfe generell als "systemimmanent", integrierbar, so vollzog man angesichts der Streikwelle eine Wendung um 18o Grad: eine bestimmte Erscheinungsform des ökonomischen Kampfes wurde nun als latent revolutionär interpretiert. So schreibt der SDS-Heidelberg: "Das sozialdemokratische (gleich "ökonomische") Bewußtsein der Arbeiter gegen das Kapital, gegen die Gewerkschaften und die SPD ist praktisch geworden, weil diese sich zunehmend in ihre eigenen Widersprüche verstrickt haben. Indem es so praktisch geworden ist, hat es aufgehört, sozialdemokratisch zu sein." Oder: "Das ökonomische Bewußtsein wiederum wird in seiner Praxis im spontanen Streik durch die Erfahrung von Solidarität und Mündigkeit und durch die Erfahrung der Grenzen des ökonomischen Kampfes tendenziell transzendiert." ... "Aufgabe einer Avantgarde wäre es gewesen, auf den Widerspruch zwischen dem sozialdemokratischen Bewußtsein und der praktischen Solidarität und Militanz in den Fabriken und auf der Straße hinzuweisen und im Streik die Tradition der Arbeiterbewegung zu vermitteln".(1) (Tradition der Arbeiterbewegung steht wohl als Metapher für revolutionäres politisches Klassenbewußtsein.)

Der hier konstruierte Widerspruch zwischen radikaler Kapmfform (spontaner, entschlossener Streik) umd ökonomischem Bewußtsein existiert nur in den Köpfen der Heidelberger Genossen. Die Forderung nach höherem Lohn ist eben keine "sozialdmokratische", sondern eine ökonomische oder (was dasselbe ist) trade-unionistische Forderung. Als solche ist sie weder revolutionär noch reformistisch im Sinne einer ausformulierten politischen Strategie. Der ökonomische Kapmf der Arbeiter ist die elementarste Form des Klassenkampfes. Revolutionärer Kampf heißt keineswegs: Aufgabe des Tageskampfes gegen die unmittelbaren Auswirkungen des Kapitalismus, sondern im Gegenteil: systematische Verbindung und Verschmelzung des ökonomischen mit dem revolutionären politischen Kampf zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft selbst. Ökonomische und politische Kämpfe, "weit davon entfernt, sich reinlich zu scheiden oder gar auszuschließen, ... (sind) vielmehr nur zwei ineinander geschlungene Seiten des proletarischen Klassenkampfes. ... Allein die Bewegung im Ganzen geht nicht bloß nach der Richtung vom ökonmischen zum politischen Kampf, sondern auch umgekehrt. ... Mit der Verbreitung, Klärung und Potenzierung des politischen Kampfes tritt nicht bloß der ökonomische Kampf nicht zurück, sondern er verbreitet sich, organisiert sich und potenziert sich seinerseits in gleichem Schritt. Es besteht zwischen beiden eine völlige Wechselwirkung."(2)

Die meisten Analysen der Septemberstreis, soweit sie mehr darstellen als eine bloße Beschreibung der Ereignisse, weisen in die gleiche Richtung: nämlich Überschätzung des revolutionären Potentials der Kämpfe. Das wird besonders deutlich bei der Einschätzung des Klöcknerstreiks. Er wird zum Prototyp des revolutionären Streiks erklärt; so Lefevre: "Es zeigt sich deutlich, wie die radikalen Kampfformen und das klare Bewußtsein über den nicht-trade-unionistischen Charakter (!) des Streiks zusammenfallen mit einer großen selbstorganisatorischen Fähigkeit der Belegschaft."(3) Noch deutlicher drückt sich eine Gruppe von Berliner Genossen aus, die als Augenzeugen den Klöcknerstreik miterlebten: "Die Kampfbereitschaft ist eindeutig antikapitalistisch. Weder den Kapitalisten noch den Arbeitern geht es mehr ums Geld." Und: "Tendenziell ist die Machtfrage gestellt." (4) Lefevre begründet diese Fehleinschätzung des Klöcknerstreiks theoretisch

so:"Für alle Streikarten gilt also ... daß über den revolutionären Charakter im Wesentlichen das Maß entscheidet, in dem die Aktionen selbstorganisatorische, von der Gängelung der Gewerkschaften befreite, aktive Kampfbeteiligung und Handlungsfähigkeit der Belegschaft hervorzubringen vermochten."

Nach dieser Definition von revolutionärem Streik ist der Gummiarbeiterstreik von 1967 in Hessen "traditionell", "reformistisch", "sozialdemokratisch" etc, weil er von der Gewerkschaft organisiert und unterstützt wurde, der Klöcknerstreik aber "anti-kapitalistisch", "nicht tradeunionistisch", "tendenziell revolutionär" etc, weil die Arbeiter im spontanen Kampf den Widerspruch zwischen ihren Interessen und denen der Gewerkschaftsbürokraten zu spüren bekamen, und weil sie den Streik ohne die Unterstützung des Gewerkschaftsapparates selbst organisierten. Nach dieser Definition ist der Streik der Saarbergarbeiter "Revolutionär", denn auch sie wandten sich gegen die Gewerkschaftsbürokraten, auch sie organisierten den Streik selbst, auch hier schlug "sozialdemokratisches Bewußtsein in praktische Spontaneität" um. Nur einen Schönheitsfehler hatte dieser Streik: die Streikenden ließen sich zum Applaus für den CDU-Landesvater Röder hinreißen, der sich mit ihren Forderungen "solidarisiert" hatte.

Die Tendenz der beiden bisher zitierten Artikel läßt sich zusammenfassen unter der Überschrift, die die Berliner Genossen über ihre Analyse des Klöcknerstreiks setzten:"Vom antigewerkschaftlichen zum antikapitalistischen Kampf."

Am Beipiel des Lefevre Artikels soll nun im Einzelnen gezeigt werden, zu welchen Ergebnissen eine solche Position führt. Dieser Artikel wird deshalb exemplarisch kritiseirt, weil in ihm die auch in anderen Analysen aufgetretenen Fehlinterpretationen theoretisch formuliert und konsequent zu einer Organisationsstrategie weiterentwickelt werden. Der Artikel fand außerdem eine sehr weite Verbreitung in verschiedenen lokalen und überregionalen SDS-Publikationen, sodaß die Annahme, daß er vielen Basisgruppen als Diskussionsgrundlage für die Streikwelle diente, berechtigt erscheint.

Lefevre sieht latente revolutionäre Tendenzen in allen Streiks, die außerhalb der Gewerkschaften von den Arbeitern selbst organisiert werden. Daher begreift er es als Widerspruch, wenn die Hoesch-Belegschaft einerseits einen Stundenzuschlag unabhängig von Tarifverhandlungen fordert, andererseits aber die Tarifstrategie der IG Metall unterstützt. Die Forderung nach ausertariflichen Lohnerhöhungen ist demnach im Ansatz "revolutionär", weil sich die Streikenden angeblich "ausdrücklich außerhalb der gewerkschaftlichen Abwiegelungslinie bewegten", die Unterstützung einer Lohnforderung zur Erhöhung der Tariflöhne dagegen ein Rückfall in den "systemkonformen, traditionellen Rahmen". Aber warum sollten die Arbeiter von Hoesch nach dem siegreichen Kampf um 3o Pfennig Übertarif eine Forderung nach Erhöhung der Tariflöhne um zusätzlich 14 % nicht unterstützen? Geld ist Geld. In einer Reihe von Stahlbetrieben verzichteten die Arbeiter auf übertarifliche Forderungen, nachdem die IG Metall eine Erhöhung der Tariflöhne um 14% gefordert hatte. Diesen Arbeitern vorzuwerfen, daß sie sich auf Gewerkschaftslinie bewegten, ist absurd. Umgekehrt: die Gewerkschaftsapparate bewegten sich auf der Linie der Streikenden (wenn auch asu dem Motiv, die Streikbewegung unter Kontrolle zu bringen). Der taktische Fehler lag in diesem konkreten Fall an einer anderen Stelle: statt die Streikbewegung abzubrechen, nachdem die 14%-Forderung der IG Metall-Spitze am Samstag den 6.9. bekannt gegeben wurde, hätte der Streik um die Durchset-

zung dieser 14% bis zum erfolgreichen Tarifabschluß weitergeführt werden müssen. Dadurch hätte er nicht nur das Abbröckeln der Streikfront am Sonntag und Montag verhindert werden können. Die gesamte Streikbewegung im Stahlbereich hätte sich damit auch ein anderes, allgemeineres, überbetriebliches Ziel gesetzt; man hätte verhindern können, daß die IG Metall-Spitze das Heft in die Hand bekam und auf eine zentrale Demonstration im Ruhrgebiet am Tag der Tarifverhandlungen hinsteuern können. Der Solidarisierungseffekt durch eine solche Überführung der betriebsspezifischen Streiks um übertarifliche Löhne in eine allgemeine Streikbewegung zur Erhöhung der Tariflöhne ist im nachhinein schwer abzuschätzen. Auf jeden Fall wäre dies die einzige alternative Strategie gewesen, die die Möglichkeit einer Verallgemeinerung der Streikbewegung quantitativ und qualitativ eröffnet hätte.

Die Furcht davor, gewerkschaftliches Bewußtsein zu verstärken, hält Lefevre dann auch davon ab, eine Forderung nach Angleichung der westberliner an die westdeutschen Löhne zu unterstützen, "weil sie nicht die von den westdeutschen Kämpfen lernbare Einsicht in das einzig taugliche Mittel solcher Kämpfe vermitteln würde: eben die Einsicht in die Notwendigkeit der Selbstorganisation." Der Klöcknerstreik war aber ebenso trade-unionistisch wie der Streik der Höesch und Müllarbeiter, oder wie der der Gummiarbeiter in Hessen. Entscheidend ist nicht, ob sich ein ökonomischer Streik innerhalb oder ausserhalb der Gewerkschaften bewegt, sondern ob es den Streikenden gelingt, die Kontrolle über den Streik zu gewinnen.

Lefevre konstruiert einen falschen Widerspruch zwischen Gewerkschaftsbürokratie und Streikenden: zum Konflikt kam es nicht etwa deshalb, weil die Streikenden über ein bloß trade-unionistisches Bewußtsein zu revolutionärem Bewußtsein vorgestoßen sind, sondern umgekehrt: gerade weil sie ein gewerkschaftliches Solidaritätsbewußtsein entwickelt und die Gewerkschaften ihre gewerkschaftlichen Aufgaben nur sehr partiell erfüllt haben, ist es zum Widersrpuch zwischen Arbeitern und Bürokratie gekommen.

Wenn der spontane Lohnstreik, soweit er sich als Widerspruch zur Gewerkschaftslinie entfaltet, revolutionäre Tendenzen in sich trägt, dann sind auch die Organisationsformen, die in diesen Streiks entstehen und die global mit "Selbstorganisation" umschrieben werden, bereits im Ansatz revolutionäre Organisationsformen. Oder allgemeiner ausgedrückt: wenn eine bestimmte Erscheinungsform des ökonomischen Bewußtseins der Arbeiter sich deckt mit dem Begriff des revolutionären Kampfes (und damit notwendig auch mit dem Begriff politisches Klassenbewußtseins) so ist zu erwarten, daß der Begriff "Organisation der Revolutionäre" sich mehr oder weniger dekct mit dem Begriff "Organisation der Arbeiter". Revolutionäres politisches Klassenbewußtsein ist aber mehr als ein Bewußtsein von der Korruptheit und bprokratischen Erstarrung der heutigen Gewerkschaftsapparate, von der Notwendigkeit neue Organisationsformen zur Verteidigung der ökonomischen Interessen im Kapitalismus zu entwickeln. Im Gegenteil: es ist das Bewußtsein, daß der wirtschaftliche Kampf den Arbeitern keine dauerhafte und grundlegende Verbesserung ihrer Lage bringen kann. Wenn die Arbeiter eines Betriebes, eines Industriezweigs, den Kampf gegen ihre Unternehmer aufnehmen, so ist das noch kein Klassenkampf im strengen Sinn, sondern ein erster Ansatz dazu. Der Kampf der Arbeiter wird erst dann zum Klassenkampf, wenn der fortgeschrittenere Teil der gesamten Arbeiterklasse eines ganzen Landes sich bewußt wird, eine einheitliche Klasse zu sein, und den Kampf nicht gegen einzelne Unternehmer, sondern gegen die ganze Klasse der Kapitalisten und gegen die diese Klasse unterstützende Regierung aufzunehmen. Erst dann, wenn der einzelne Arbeiter sich bewußt ist, ein Teil

der ganzen Klasse zu sein, wenn er in seinem tagtäglichen Kleinkampf gegen den einzelnen Unternehmer den Kampf gegen die ganze Bourgeoisie sieht, erst dann wird der Kampf zum Klassenkampf, erst dann ist der Kampf ein revolutionärer. Aber genau diesen Bewußtseinsstand haben bei Klöckner vielleicht 1o von 6ooo Arbeitern erreicht. Das ist wahrscheinlich im Vergleich zu anderen Betrieben ein sehr hoher Prozentsatz. Damit sich ein solches Klassenbewußtsein entwickeln kann, ist eine Organisation notwendig, die der Arbeiterklasse in ihrem Kampf hilft, die wahren Ursachen und Hintergründe zu verstehen.

Die Hilfestellung, die eine revolutionäre Organisation dem Kampf der Arbeiter erweisen kann, besteht einmal darin: sie muß das Klassenbewußtsein der Arbeiter entwickeln, indem sie ihnen im Kampfe um ihre Tagesforderungen beisteht. Sie darf sich dabei nicht darauf beschränken, den Arbeitern das magische Wort "Selbstorganisation" zuzuwerfen. (Lefevre selbst stellt fest, daß unter den augenblicklichen Umständen die Berliner Genossen bei einem wilden Streik bei Siemens oder AEG-Telefunken den kämpfenden Arbeitern nicht von Nutzen sein könnten, weil sich die Solidarität der Genossen hauptsächlich auf abstrakte Aufrufe zur Selbstorganisation erstreckt.) Dieses Unvermögen ist aber keineswegs nur Ausdruck der "Unzulänglichkeit der Arbeitsorganisation", der "naturwüchsigen Zersplitterung der arbeitenden Kräfte", der "mangelnden strategischen Verständigung" unter den Basisgruppen, sondern notwendiges Resultat eines falschen politischen Bewußtseins, wie es sich in Lefevres Artikel darstellt. Wenn nämlich revolutionärer Kampf der Arbeiter schon aus der Entwicklung eines antigewerkschaftlichen Bewußtseins entsteht, das sich in Formen der Selbstorganisation niederschlägt, dann kann den Arbeitern praktisch nur der abstrakte Aufruf, "sich selbst zu organisieren" und "sich vor den bürokratischen Apparaten zu hüten", zugerufen werden. Lefevre kann nicht verstehen, daß es ein richtiger Schritt sein kann, den betrieblichen Kampf um 3o Pf. Übertarif in einen die bornierten Betriebsgrenzen sprengenden Kampf um eine 14%ige Tariflohnerhöhung zu überführen. Er kann nciht verstehen, daß in einer Tarifrunde, in der die Arbeiter selbst eingreifen, unter Umständen ein wesentlich höheres Bewußtsein von der Korruptheit der Gewerkschaftsbürokratie (wenn auch kein antigewerkschaftliches Bewußtsein!) entstehen kann, als in einem betrieblichen Lohnstreik, der neben einer Tarifrunde herläuft. (So haben die Hoescharbeiter während ihrer Auseinandersetzungen mit ihrer Unternehmensleitung in keiner Weise das Schwergewicht der IG Metall-Bürokratie zu spüren bekommen. Sie haben nur gespürt, wie die IG Metall ihrem Druck nachgab. Die Bergarbeiter von Dortmund, die sich nach Abschluß eines schlechten Tarifvertrages an ihre Gewerkschaft wandten und durch Streik eine Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen erzwingen wollten, haben dagegen - gewollt oder ungewollt - eine scharfe Konfrontation zwischen Streikenden und Gewerkschaftsbürokratie herbeigeführt.) Der abstrakte Ruf nach Selbstorganisation trägt nicht dazu bei, die konkreten Schwierigkeiten, vor die die Lohnabhängigen sich heute gestellt sehen, zu lösen. Die konkret zu beantwortende Frage ist: wie uns zu welchem Zweck sollen die Arbeiter sich organisieren. Die Bildung eines Streikkomitees für den Kampf gegen die Unternehmer und gegen reaktionäre Betriebsräte kann ein erster bedeutsamer Schritt der Selbstorganisation sein. Streikkomitees sind jedoch flüchtige Organisationsformen. Sie werden für ein begrenztes Ziel von den Streikenden während eines Streiks gebildet. Nach Beendigung eines Streiks können sich die Mitglieder eines solchen Streikkomitees in einer betrieblichen Basisgruppe organisieren, um auch in ruhigen Phasen die Interessen der Belegschaft gegen das Management formulieren zu können. Aber auch eine betriebliche Basisgrup-

pe ist in ihrem Aktionsradius beschränkt. Die wirkliche Macht einer betrieblichen Interessenvertretung liegt heute bei den Betriebsräten, den Personalräten und bei den Vertrauensleutekörpern. Eine dauerhafte, radikale betriebliche Interessenvertretung wird erst dann möglich sein, wenn die Belegschaft bzw die organisierten Arbeiter die Kontrolle über diese Institutionen gewinnen. Selbstorganisation, daß heißt Bildung von Kampforganen, die von den Arbeitern slebst kontrolliert werden können. Die Kontrolle über Betriebsrat und Vertrauensleutekörper zu gewinnen, vorher dafür zu sorgen, daß der neugewählte Betriebsrat auch nach der Wahl der Belegschaft rechenschaftspflichtig bleibt, ein solches Zwischenziel führt bereits zu einer wesentlich höheren Form der Selbstorganisation als sie ein flüchtiges Streikkomitee oder informelle Basisgruppen darstellen.

Auf einer bestimmten Stufe des Kampfes kann es Aufgabe revolutionärer Sozialisten sein, eine solche Strategie für den Betrieb zu propagieren. Aber gerade weil revolutionäre Sozialisten mehr wissen als die Arbeiter, die sie beraten, gerade weil sie zB wissen, daß der Rüstungskapitalismus nicht krisenfrei ist, sondern neue Formen der politischen und ökonomischen Krisen produziert, die den betrieblichen Abwehrkampf aussichtslos machen werden, müssen sie weitergehende Organisationsvorstellungen propagieren. Für die Bergarbeiter würde es sicher schon bei der heutigen Situation ihres Wirtschaftszweiges nicht ausreichen, eine Strategie der Kontrol le der Betriebsräte durch die Belegschaft zu entwickeln. Mehr als andere Teile der Arbeiterschaft wissen sie noch aus der Kohlekrise, daß die Belegschaft einer Zeche mit noch so kämpferischen Betriebsräten ohnmächtig sein kann. Es hat sich sogar ausgewiesen, daß die Belegschaften von 6 Zechen ohnmächtig waren, obwohl der Streik der Dortmunder Bergarbeiter durch eine zentrale Streik leitung geführt und organisiert worden war. Die Bergarbeiter sind leer ausgegangen.

In Großbritannien fand im Oktober 69 ein spontaner, inoffizieller Streik von 100000 Bergarbeitern statt. Die bestreikten Gruben wurden von einer zentralen Streikleitung geführt, obwohl sie geographisch sehr weit von einander entfernt lagen. Das deutet auf einen Grad von Selbstorganisation, wie er in keinem der deutschen Septemberstreiks zu finden war. Gewerkschaftspitze und die staatliche Kohlekonzenrleitung hatten sich gegen den Streik ausgesprochen. Die Neue Zürcher Zeitung vom 22.1o.69 schrieb dazu:"Diese militante Einstellung der Streikleitung ist umso enttäuschender, da sowohl die offiziellen Unterhändler der Grubengewerkschaft als auch deren Präsident und Generalsekretär die Friedensofferte der Kohlenbehörde den Streikenden zur Annahme empfohlen haben. Ihre Revolte gengen die Verbandsdisziplin macht heute selbst vor einer offenen Verurteilung der Gewerkschaftsführer nicht mehr halt. Lord Robens, selbst ein früherer Gewerkschaftssekretär, bezeichnete das Verhalten der Streikführer umunwunden als anarchisch. ... Die Streikführer verlangen eine sofortige Wideraufnahme der Verhandlungen mit der Kohlebehörde. Gleichzeitig haben sie 2oo Gesinnungsleute in andere Kohlereviere abgeordnet, um sie zur Unterstützung des Ausstandes zu überreden."

Die Streikleitung hat gleichzeitig alles in Bewegung gesetzt, um den Streik gewerkschaftlich anerkennen zu lassen. Die Taktik der Gewerkschaftsführung ist es, in von ihnen organisierten gewerkschaftlichen Urabstimmungen der betroffenen Reviere den "Willen" der Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter zu ermitteln. Sie erhoffte sich dadurch eine Niederlage des Streikkomitees. Die Lefevresche Taktik könnte es nur sein, dem Kampf eine "revolu-

tionäre Wende" zu geben: die Bergarbeiter vom reaktionären Charakter der Gewerkschaft zu überzeugen, sie zur Selbstorganisation aufzufordern, die Taktik der Streikleitung als "trade-unionistisch" oder "revisionistisch" anzugreifen, sich von einer Urabstimmung fernzuhalten. Denn der "Revolutionäre Charakter" hängt nach Lefevre davon ab, wieweit es gelingt, ihn von der "Umklammerung der Gewerkschaftsapparate zu befreien". Die Streikleitung versucht aber, bei Strafe ihrer eigenen Niederlage, das Gegenteil: sie will den Gewerkschaftsapparat vor den Streik zwingen. Die britischen Bergarbeiter, die sich in den letzten Jahren ebenso Zechenstillegungen konfrontiert sehen wie ihre deutschen Kollegen, haben die Erfahrung gemacht, daß durch kurzfristige, grubenspezifische oder regionale Streiks keine wesentlichen Erfolge mehr zu erzielen sind. Die Streikleitung weiß, daß sie sich eine Schwäche gäbe, würde sie sich an der gewerkschaftlichen Urabstimmung nicht beteiligen. Sie weiß aus Erfahrung, nicht zuletzt aus dem Generalstreik von 1926, daß sie ihre Forderungen nur dann durchsetzen kann, wenn sie durch eine gewerkschaftliche Kampforganistion im Rücken gestützt wird. Sie weiß auch, daß die jetzige Gewerkschaftsführung gegen den Einsatz der Organisation als Kampfinstrument ist, und fordert daher den Rücktritt führender Gewerkschaftsbürokraten. Selbstwenn es ihr nicht gelingen sollte, den Streik offiziell zu machen, so ist ihre Position gegenüber den Gewerkschaftsführeren zehnmal so stark, als wenn sie sich auf einen frontalen Kampf gegen die gesamte Gewerkschaftsorganisation einließe.

Zum Streik der Dortmunder Bergarbeiter läßt isch nun sagen: nicht darin, daß sie ihre Forderung nach 1ooo.- Minimallohn an den Vorstand der IG Bergbau richtete, statt direkt an die Ruhrkohle AG, lag ihre Schwäche, sondern darin, daß sie nicht stark genug waren, den Streik auf andere Zechen auszudehnen, um so den Druck auf die Gewerkschaftsspitze derart zu verstärken, daß diese sich gezwungen gesehen hätte, die Verhandlungen neu zu eröffnen. (Von nornherein wäre eine Forderung nach übertariflicher Lohnerhöhung zum Scheitern verurteilt gewesen.)

(Schluß folgt)

Max Hölz: Vom weißen Kreuz zur roten Fahne ("Der gemeine Verbrecher") DM 12,-

Eugen Paschukanis: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus DM 1o,-

1 komplette Dokumentation aller Broschüren der Republikanischen Hilfe der letzten zwei Jahre (u.a. Pohle-Prozeß, Schmiedel-Prozeß, Senghor-Prozeß) ca. 35o Seiten
Begrenzter Vorrat !!! DM 5,-

Versand gegen Vorausüberweisung auf Konto Nr. 282 88o der Republikanischen Hilfe, Frankfurt, Dresdner Bank (Postadresse: Republikanische Hilfe, c/o Verlag Neue Kritik, 6 Frankfurt/M, Myliusstr. 58)

trikont verlagskooperative

Straßenbahnaktionen 1969

Die Schrift enthält eine Analyse der Massenaktionen, die 1969 in Heidelberg und Hannover gegen die Erhöhung der Tarife durchgeführt wurden. Die Konfrontation mit den Aktionen stellte den SDS vor folgende Probleme: Auseinandersetzung mit den Revisionisten bei Massenaktionen, die Bestimmung der Roten-Punkt-Aktion im Klassenkampf, das Verhältnis vom Kampf im Konsumbereich und der Produktionssphäre.
Broschüre 80 Seiten DM 2.80